

FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft



Macht Geld Sinn

Einige Kleptokraten
sind entmachtet –
aber das System
ist geblieben.

Grenzenloser Reichtum und **Grenzen der Freiheit**
Empört Euch – über die Macht des Geldes!
Global Change Now – **Wir brauchen den globalen Wandel**

Liebe Leserinnen und Leser,



dieser Tage musste ich an Erich Kästners »Schule der Diktatoren« denken. In der Komödie etablieren einige Drahtzieher eine Diktatur, in der der Präsident immer wieder durch eine neue Marionette ausgetauscht wird, sobald er nicht mehr nach ihrer Pfeife tanzt. Das Volk merkt nichts. Es hat seine Verantwortung abgegeben: »Präsident – sag Ja! Der Staat – bist Du!«

Ich hoffe nun, dass sich in den nordafrikanischen und arabischen Ländern wirklich etwas positiv verändert – und nicht nur der nächste Machthaber kommt, sonst aber alles beim Alten bleibt. Ich finde es enorm, wenn Menschen, die über keine großen Mittel verfügen, es dennoch wie in Libyen mit einem Kleptokraten aufnehmen, der das Geld hat, sich Söldner einzukaufen und sie auf seine Landsleute zu hetzen.

Wie konnte es soweit kommen, dass diese Diktatoren über Milliarden verfügen? Wie können einzelne Menschen auf der Welt solche Vermögen ansammeln und andere damit unter Druck setzen? Ein Finanz- und Wirtschaftssystem, das sowas überhaupt zulässt, taugt doch nichts! Wir hier im Westen betrachten uns als aufgeklärt, modern und demokratisch – und haben es zugelassen, dass ein System sich weltweit ausbreiten konnte, das einige reich macht und viele arm. Es macht den Menschen zum Diener des Geldes.

Einfach alles wird »finanzialisiert«. Momentan sind es in großem Maße die Agrarmärkte. Da die großen Vermögen gewinnbringend angelegt sein wollen, wird spekuliert – und die Lebensmittel werden immer teurer. Auch das so genannte »Land Grabbing«, die Privatisierung von Land im großen Stil, geht immer weiter und macht aus Selbstversorgern die Slumbewohner der Megastädte der Zukunft.

Das alles macht keinen Sinn. Geld und Macht ohne Sinn, das muss aufhören! Dafür setzen wir uns in der INWO ein. Der Kongress »Macht Geld Sinn« leistet dazu einen wichtigen Beitrag. Einige der Referenten kommen in diesem Heft zu Wort. Beteiligen auch Sie sich, unterstützen Sie die INWO durch Ihre Mitgliedschaft. Damit Geld Sinn macht!

Es grüßt Sie



Beate Bockting

Inhalt

- 3** Beate Bockting: Empört Euch – über die Macht des Geldes!
- 4** Global Change Now – Wir brauchen den globalen Wandel!
Interview mit Jörg Buschbeck
- 7** Helmut Creutz: Weil, weil, weil ...
- 8** Klaus Willemsen: Grenzenloser Reichtum und Grenzen der Freiheit
- 11** INWO Deutschland
- 14** INWO Schweiz
- 16** Wolfgang Berger:
Strukturierte Verantwortungslosigkeit
- 18** Alwine Schreiber-Martens:
Ökologisches Grundeinkommen
- 20** Termine
- 21** Buchvorstellungen
- 23** Bestellmöglichkeiten

Impressum

FAIRCONOMY 7. Jahrgang, Nr. 1 März 2011, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bockting (V.i.S.d.P.), J. Hakenes, W. Schneider, E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail: Versand@INWO.de

Auflage: 2.000 Exemplare; davon 550 als »r-evolution« (INWO Schweiz)

Bildnachweis

Titelseite: U.S. Navy photo by Mass Communication Specialist 2nd Class Jesse B. Awalt/Released / © Bertold Werkmann / fotolia / cvp-design; INWO-Materialien: SMARTI-d – Andreas Franke; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 3: Kostas Koufogiorgos; 5: © Dieter Schütz / PIXELIO; 7: Helmut Creutz/Robert Mittelstaedt; 8: IMF; 9+10: H. Creutz/K. Willemsen; 11: Ralf Gelz; 16: Kostas Koufogiorgos; 18: © Günter Havlena / PIXELIO; 19: © Ernst Rose / PIXELIO; 20: © Joss / PIXELIO; 21+22: © A. Lindert-Rottke / fotolia.com

Layout: cvp-design, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Neumann, Landshut (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt: Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg, Telefon: +49 6623 919601, Fax: +49 6623 919602, E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>

Kontoverbindung:

Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (BLZ: 430 609 67)
IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE M 1 GLS

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische

Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Empört Euch

– über die Macht des Geldes!

Die Revolutionen in der arabischen Welt sind kein rein arabisches Problem. Jahrzehntelange Unterstützung korrupter Machthaber brachte uns neben Zugang zu Erdöl billige Produktionsstätten, eine Ausweitung der Absatzmärkte und Schutz vor Wirtschaftsflüchtlingen.

Die Aufständischen brauchen nun unsere Solidarität.

In Frankreich wird zur Zeit eine kapitalismuskritische Streitschrift von Stéphane Hessel, einem ehemaligen Résistancekämpfer und KZ-Überlebenden, von Millionen gelesen. Hessel beeindruckt durch seine Lebenserfahrung von 93 Jahren und durch seinen Charme, aber trifft auch den Nerv der Zeit, wenn er sagt: »das im Westen herrschende materialistische Maximierungsdenken hat die Welt in eine Krise gestürzt, aus der wir uns befreien müssen.« Er sieht derzeit die sozialen Errungenschaften, für die er in der Résistance gekämpft hat, in akuter Gefahr, weil »die Macht des Geldes (...) niemals so groß, so anmaßend, so egoistisch war wie heute«. Daher ruft er auf zur Empörung: »Die schlimmste aller Haltungen ist die Indifferenz, ist zu sagen: ›Ich kann für nichts, ich wurschtel mich durch.‹ Wenn ihr euch so verhaltet, verliert ihr eine der essenziellen Eigenschaften, die den Menschen ausmachen: die Fähigkeit, sich zu empören, und das Engagement, das daraus folgt.«

Sturz der Kleptokraten

Diese Fähigkeit stellen Hunderttausende in den arabischen Ländern derzeit unter Beweis, teils unter Einsatz ihres Lebens. Grund dazu gibt es allemal: Autokratische, korrupte Regime haben dort seit Jahrzehnten ihre Macht missbraucht und sich hemmungslos bereichert. Nicht zuletzt durch Spekulation stark angestiegene Lebensmittelpreise und Energiekosten sowie die schlechten Zukunftsperspektiven der Jugend haben den Unmut soweit anschwellen lassen, dass mutige Vorkämpfer überall in der Region Revolutionen auslösen konnten.

Als Ägyptens Mubarak Mitte Februar zurücktrat, wurde sein Vermögen auf bis zu 70 Milliarden US-Dollar (knapp 52 Milliarden Euro) geschätzt. Damit wäre er reicher als Microsoft-Gründer Bill Gates. Ägypten selber hat dagegen mit einer sehr hohen Staatsverschuldung von über 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu kämpfen. Tunesiens Staatsoberhaupt Ben Ali soll mit 1,5 Tonnen Gold aus seinem Land geflüchtet sein, während er geordnete Stapel von 500-Euro-

und 500-Dollarscheinen – insgesamt mehrere Milliarden (!) Euro – in einem Palast zurücklassen musste. Auch Libyens Gaddafi hat das Volk ausgesaugt und gewaltige Beiträge aus dem Erdölgeschäft hinterzogen. Möglicherweise mehr als Mubarak. Die Libyer litten derweil unter einer Arbeitslosigkeit von über 20 Prozent. Wie viele Milliarden genau diese Kleptokraten veruntreut haben, weiß niemand; und wo das Geld geblieben ist, ist sehr schwer ausfindig zu machen, denn es wurde überall auf der Welt angelegt.

Kettenreaktion?

Dass sich die arabische Kettenreaktion auch auf andere Staaten des afrikanischen Kontinents ausdehnt, gilt als eher unwahrscheinlich. Hauptsächlich deswegen, weil ihnen eine Mittelschicht fehlt, die sich eine Revolution über einen längeren Zeitraum überhaupt leisten könnte. Vielversprechender ist da möglicherweise China. Dort nehmen sich bereits Regimegegner die »Jasminrevolution« in Tunesien zum Vorbild. Auch dort gibt es einen Mangel an sozialer Gerechtigkeit und wachsende ökonomische Ungleichheit, zudem macht den Chinesen eine

hohe Inflation zu schaffen. Aber die chinesische Führung kontrolliert und unterdrückt Protestler sehr stark.

Wutbürger

Und was ist mit uns? – Wir leben in einem freiheitlichen Rechtsstaat. Wir werden satt. Wir können uns informieren. Wir verfügen über die modernen Kommunikationsmittel, um uns zu vernetzen. Und wir wissen, dass es nicht nur um ein arabisches, afrikanisches oder chinesisches Problem geht, sondern dass der Kapitalismus die Welt in Arm und Reich spaltet. – Wo bleibt unsere Empörung? »Wutbürger« war Wort des Jahres 2010. Es steht für die Empörung in der Bevölkerung, dass politische Entscheidungen über ihren Kopf hinweg getroffen werden. Mich macht es wütend, dass die deutsche Politik immer noch auf Wirtschaftswachstum setzt und Milliarden bereitstellt, um einen Zusammenbruch dieses zerstörerischen kapitalistischen Systems zu verhindern – ohne je ernsthaft nach Alternativen zu suchen und diese zu fördern. Alternativen, wie sie in der Fairconomy vorgestellt werden. ■

Beate Bocking



Wir brauchen den globalen Wandel!

Interview mit Jörg Buschbeck

Bekannt geworden ist Euer Verein »Global Change 2009« durch den gleichnamigen Film, der zum G20-Gipfel in London Anfang April 2009 Premiere hatte und sich über das Internet schnell verbreitet hat. Wie kam es zu dem Film?

Im Frühjahr 2009 gab es viele Zeichen einer starken Zuspitzung der Finanzkrise. Frau Dr. Merkel und andere Politiker hatten mit ihrer Spareinlagen-Garantie Ende 2008 zwar einen größeren Ansturm auf die Banken vorerst verhindert. Es waren aber hochgradig deflationäre Entwicklungen in Aussicht, welche unser eigenkapitalarmes Wirtschaftssystem in kürzester Zeit in eine Kettenreaktion platzender Kreditketten geführt hätten.

In dieser Situation hatten wir den Plan, Inspiration für eine »Revolution auch von oben« zu geben. Dies, weil ein globaler Bankenrun den politischen Vorwand liefern könnte, das Bargeld global ganz abzuschaffen. Eine Bargeldabschaffung hat meiner Meinung nach wirtschaftlich den gleichen Effekt wie die Einführung von Freigeld mit Befristung.

Ein wichtiges Bild war uns ostdeutschen Initiatoren zum 20-jährigen Jubiläum des Mauerfalls dabei der mit dem Rücken zur Wand bzw. Mauer stehende Günter Schabowski, dem auf der Pressekonferenz am 9. November 1989 ein legendärer Zettel gereicht wurde.

Bankenrun, Crash, Bürgerkrieg ... ganz so schlimm ist es aber bei uns bislang nicht gekommen.

Ja, dass es dann doch nicht so schlimm gekommen ist, haben wir nach meiner Einschätzung der gigantischen Verschuldungsleistung der USA unter Obama und Bernanke zu verdanken, während Bush die Probleme durch Krieg zu lösen versucht hat. Das hat natürlich damit zu tun, dass man sich in den USA an die letzte Welthortungskrise ab 1929 stärker erinnert, während sich in Deutschland eher die zur Kriegsschuldung künstlich gesteuerte Hyperinflation von 1923 ins kollektive Bewusstsein gebrannt hat. Dies finde ich übrigens sehr erstaunlich, weil die richtig schlimme Entwicklung in Deutschland mit schlussendlich 50 Millionen Toten doch

auch erst nach der Weltwirtschaftskrise ab 1929, die ja eine Hortungskrise war, eingesetzt hat.

Silvio Gesell hatte die damalige Entwicklung hin zu einem zweiten Weltkrieg ja schon 1918 vorhergesagt. Die Frage, wie eine neue Welthortungskrise zu verhindern ist, ist die Frage von Krieg oder Frieden. Dieses Ziel der sicheren Hortungsverhinderung sollte alle in wirtschaftlichen Diskussionen befindlichen Menschen, ob sie nun eher Gesellianer, Keynesianer oder wie ich »Rosinenpicker« sind, einen.

Welche Vorteile siehst Du denn darin, wenn das Bargeld abgeschafft würde?

Das Geld verliert dann seine Erpressungsmacht der Investitionsverweigerung, sprich Hortung, bei geringen Renditen. Auch können die Guthaben dann durch nominal negative Zinsen auf den Kreditbedarf freiwilliger und solventer Schuldner begrenzt werden.

Aber wäre mit einer Bargeldabschaffung nicht auch eine Gefahr für unsere Freiheit verbunden?

Die größte aktuelle Gefahr für unsere Freiheit und unser Leben ist eine neue Welthortungskrise. Auch ist der globale Problemstau unserer sozialen und ökologischen Probleme geeignet, die Welt in Chaos und Krieg zu stürzen. Die Abschaffung des hortbaren Bargeldes und damit der »Mutter aller Marktstörungen« wäre also ein Schritt in Richtung der Befreiung von heute bestehenden Zwängen und Gefahren. Trotzdem haben wir sehr

»Die Frage, wie eine neue Welthortungskrise zu verhindern ist, ist die Frage von Krieg oder Frieden. Das Ziel der sicheren Hortungsverhinderung sollte alle in wirtschaftlichen Diskussionen befindlichen Menschen einen.«

viele negative »Bauch«-Reaktionen auf diesen Vorschlag bekommen, weshalb wir ihn auch nicht mehr offensiv vertreten. Anonyme Zahlungen wären ja auch mit betragsmäßig begrenzten Geldkarten möglich, aber es geht bei der Kritik wohl eher um Emotionen. Gegen Emotionen helfen kaum Sachargumente.

Das Problem kennen die INWO-Aktiven auch!

Viele Menschen kompensieren mit Guthabenaufbau ihr Grundbedürfnis nach Sicherheit. Der Blogger Thomas Strobl (Weissgarnix) hat vor Jahren einen tollen Beitrag mit Bezug auf Sigmund Freud geschrieben. Freud sah im Sparen/Horten sogar eine Kompensation der menschlichen Angst vor dem Tod. Wenn wir jetzt freiwirtschaftliche Mittel vorstellen, welche eine weitere Horterei verhindern sollen, ist dies für die Menschen oft ganz schrecklich und man spricht nur noch mit dem erregten »Bauch« des Gegenübers. Ich sehe im Internet ständig selbst eher kopflastige Freiwirte sich mit sachlich richtigen Argumenten an ihrem emotional

Jörg Buschbeck

Als Inhaber eines Unternehmens tätig im Bereich der erneuerbaren Energien beschäftigt sich Jörg Buschbeck bereits seit mehr als 15 Jahren mit den Problemen unseres Finanzsystems. Die aktuelle Krise hat er Anfang 2009 zum Anlass genommen, den Verein Global Change 2009 zu gründen. Durch die Produktion des gleichnamigen Films lieferte er Denkanstöße zur Veränderung des Finanz- und Wirtschaftssystems, um die heutigen sich zuspitzenden Fehlentwicklungen zu beheben.



blockierten Gegenüber abarbeiten. Es gibt also gute Gründe, über emotional ansprechende Wege zu einer Freiwirtschaft nachzudenken.

Zum Beispiel, indem man den Menschen erklärt, dass im jetzigen Geldsystem jede Menge vernünftige und notwendige Investitionen unterbleiben, weil sie keine oder kaum eine Rendite bringen.

Ja, denn ohne Rendite wird im bestehenden System lieber gehortet, was fatale Folgen hat. Und es wird heute nicht nur Bargeld zurückgehalten. Auch langfristige Sparguthaben, welche nicht durch Kreditvergabe an freiwillige Kreditnehmer mit guter Bonität ausgeglichen werden können, werden quasi gehortet! Und diese Problematik ist das eigentliche Problem unserer Zeit! Zu viel monetäres Sparen aufgrund einer Geldmarktstörung erzwingt heute eine explodierende Staatsverschuldung, die exponentiell auf einen Crash des Gesamtsystems zuläuft.

Darin liegt der entscheidende Systemfehler?

Ja, der Systemfehler liegt in der Ungleichbehandlung von Schulden und Guthaben. Kredite zur Vorfinanzierung des Angebots müssen zu festen Terminen getilgt werden. Dies ist in der Regel durch harte Sanktionen vollstreckbar. Die Nachfrageschuld der Einkommen (Geldguthabenausweitung), welche sich aus der Grundidee des arbeitsteiligen Wirtschaftens auch ergibt, ist dagegen Mangels Termin nicht durchsetzbar.

Spricht da der Unternehmer in Dir? Du behauptest ja, viele Ökonomen verstehen wenig von der Wirtschaft. Was lernt man in der Praxis, das nicht in den Lehrbüchern steht?

Na zum Beispiel tausche ich in meiner Wahrnehmung nicht, wenn ich wirtschaftete. Ich finanziere vielmehr Einkommen meiner Mitarbeiter und der meiner Investitions- und Rohmateriallieferanten gegen Gewinnaussichten vor. Die Vorfinanzierung ist das eigentlich Spannende am Unternehmerdasein. Denn bekomme ich die Vorfinanzierung nicht wieder tilgungskongruent eingespielt, bin ich nach Aufzehrung meines Eigenkapitals pleite. Mit Tauschen hat dies wenig gemein, die Vorfinanzierung der Wertschöpfungsprozesse läuft ja zum Beispiel bei den Investitionsgütern über viele Jahre.

Auch bin ich als ehemaliger Kleinunternehmer den Weg von der Einnahmenüberschussrechnung hin zur Bilanzierung gegangen. Genau dies muss das ökonomische Denken erst gerade unter Schmerzen machen. Jahrelang haben sich deutsche Ökonomen über dauerhafte Exportüberschüsse gefreut, ohne die bilanzielle Gegenbuchung der Über-



Der gefährlichen Kettenreaktion, die in unserem überschuldeten, eigenkapitalarmen Wirtschaftssystem in kürzester Zeit durch platzende Kredite ausgelöst werden kann, sollten wir einen positiven Dominoeffekt entgegensetzen.

schuldung des Auslands sehen zu können. Kollektiv hat man der Vorstellung eines »Nettogeldes« angehängen, was nun in deutsche Schatztruhen wandert – vielmehr haben wir aber Schuldscheine anderer Länder gesammelt.

Der Jahrhundertökonom Wolfgang Stützel hat diese Gedanken in seiner »Volkswirtschaftlichen Saldenmechanik« in wissen-

»Was wir jetzt brauchen in der Ökonomie, ist der Schritt vom Einnahmenüberschuss-Denken der Kleinökonomen hin zum bilanzierenden Denken.«

schaftlich perfekter Form niedergeschrieben. Die Einnahmenüberschüsse (Guthaben) des einen sind kausal die Ausgabenüberschüsse des anderen (Schulden). Im Vorwort zitiert er seinen Lehrer Lautenbach mit dem Satz: »Bist Du Ökonom, so beachte stets des anderen Gegenbuchung.« Was wir jetzt brauchen in der Ökonomie, ist der Schritt vom Einnahmenüberschuss-Denken der Kleinökonomen hin zum bilanzierenden Denken.

Die Exportüberschüsse haben uns doch aber das Wachstum gebracht, das wir brauchen, um mit dem hohen Schuldenstand unserer Wirtschaft klarzukommen.

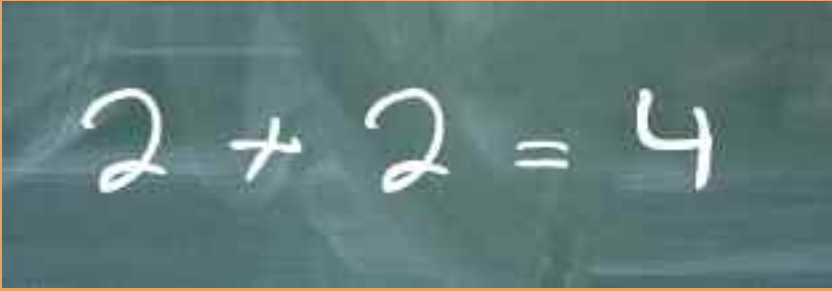
Mit unseren dauerhaft positiven Export-salden überschulden wir aber seit langem andere Staaten, darunter auch unsere EU-Partner, wie zum Beispiel Griechenland. Und nun tun wir so, als wären wir von deren Überschuldung völlig überrascht!

Unser Problem ist, dass die inländische Nachfrage nicht mehr ausreicht.

Wir sparen eben traditionell viel. In Deutschland ist nicht nur die Sparneigung der Haushalte hoch und seit 2000 wieder steigend, sondern ebenso die gesamtwirtschaftliche Sparquote. Die Deutschen sparen bekanntlich wie die Weltmeister ...

Ja, aber sie investieren nicht. In 2008 lag die gesamtwirtschaftliche Sparquote bei 13,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Investitionsquote dagegen lag nur bei 5,4 Prozent. Es wurde also inländisch viel mehr monetär gespart, als Kreditbedarf besteht! Es fehlten deshalb über 7% vom BIP als Nachfrage und auch als Schuldtilgungsmittel! Der Überschuss der Ersparnisse über die Investitionen – 7,7 Prozent des Nationaleinkommens, in 2008 lag die Summe bei über 160 Mrd. Euro – floss zu einem großen Teil ins Ausland.

Es bestünde schon mehr Investitions- und somit Kreditbedarf, allerdings bei denen, die nicht als »kreditwürdig« gelten. Die gehen leer aus oder kriegen massive Probleme. Du sprichst ja selber von »Frustschulden«. Kannst Du



Wolfgang Stützel war von 1966-1968 einer der fünf »Wirtschaftsweisen«, die die Bundesregierung wissenschaftlich zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beraten. Er war der Auffassung, Ökonomen würden die einfachsten buchhalterischen Zusammenhänge vielfach nicht beachten.

»So besteht zwischen der Wirtschaftstätigkeit des Herrn Schulze und der Tätigkeit aller übrigen Mitglieder der Weltwirtschaft außer zahllosen anderen Beziehungen auch noch der primitive Zusammenhang, dass stets, sooft Herr Schulze mehr verkauft und einnimmt als er selbst kauft und ausgibt, die »übrige Weltwirtschaft« im gleichen Zeitraum einen gleichgroßen Überschuss ihrer Käufe über ihre gleichzeitigen Verkäufe haben wird, da offensichtlich jeder Verkaufsakt für den Partner einen Kaufakt darstellt. Man braucht, um derartige Zusammenhänge darzustellen, keine höhere Mathematik, es genügt, im Bewusstsein zu halten, dass eben auf dieser Erde stets $2 + 2 = 4$ bleibt.«

Wolfgang Stützel: Volkswirtschaftliche Saldenmechanik. Ein Beitrag zur Geldtheorie, Tübingen 1978, Seite 1/2/3.

mal erklären, worin der Unterschied zwischen »Lustschulden« und »Frustschulden« besteht?

Wenn ich in eine neue Maschine investiere, weil ich aus gutem Absatz Gewinnaussichten habe, so sind dies Lustschulden. Ich nehme sie freiwillig auf mich. Wenn ich aber mangels Nachfrage immer weniger einnehme und immer tiefer in den Dispo rutsche, so sind dies natürlich Frustschulden. Diese Schulden sind unfreiwillig und haben zur Folge, dass ich auch weitere Investitionen vorerst einstellen werde. Ein gewisses Maß an Frustschulden gehört in einer Wettbewerbswirtschaft natürlich dazu, wenn Unternehmer Fehler machen oder nicht innovativ genug sind.

Aber wenn diese Frustschulden die ganze Wirtschaft betreffen, entsteht mit hortbarem Geld die Kettenreaktion der Hortungskrise mit Investitionsstopp und Angstsparen.

Daher springt der Staat hier ein und bringt das Geld durch Staatsverschuldung wieder in den Kreislauf. Warum ist es dennoch keine wirkliche Lösung, dass der Bundestag eine »Schuldenbremse« beschlossen hat, die besagt, dass dem Bund in Zukunft kaum noch, und den Ländern keine neuen Kreditaufnahmen mehr erlaubt sind?

Eine »Schuldenbremse« ohne eine zugehörige »Guthabenbremse« macht keinen Sinn. Sie erzeugt dann eben Frustschulden und Depression bei den Firmen und Privathaushalten sobald unsere Exportblase platzt.

Muss ich nun wegen meines Sparkontos ein schlechtes Gewissen haben? Problematischer als die vielen kleinen Spareinlagen der Normalbürger dürften doch die großen Vermögen der Reichen sein. Die Deutsche Bundesbank sprach schon Anfang der 1990er von ihrer »Selbstalimentation« durch steigende Kapitalerträge. Das neu gebildete Geldvermögen bestand schon damals zu vier Fünfteln aus Zinsgutschriften und Dividenden. Aber sicher, auch Bausparverträge oder Lebensversicherungen führen zu einer automatischen Zinsansammlung. Und wie sieht es mit der kapitalgedeckten Altersvorsorge aus?

Man muss hier zwischen Geldvermögen und Sachvermögen unterscheiden. Sachvermögen, welche ca. zwei Drittel der Vermögenswerte darstellen, sind sehr einseitig bei den Superreichen. Die für den Verschuldungszwang verantwortlichen Guthaben sind



aber auch ein Massenphänomen, denn wir alle haben Versicherungen und betreiben nach Möglichkeit private Altersvorsorge. Diese Anlagen sollen absolut sicher sein, also entsteht über die Versicherungskonzerne Nachfrage nach Staatsschulden, statt nach Investitionsgütern.

Aber wir müssen doch sparen und für das Alter vorsorgen?

Die Alternativen heißen Sachwertsparen und Rückkehr zu einer 100% umlagefinanzierten Altersvorsorge. Die staatlich geförderte private Altersvorsorge ist eine ökonomische Idiotie, die umgehend beendet werden muss. Sie hängt dem Trugbild eines »Nettogeldes« an, welches für das Alter zurückgelegt werden kann. Wir müssen zurück zum Umlageverfahren, da es derzeit eben kein Nettogeld gibt und es nur neues Geld geben kann, wenn es neue Schulden gibt. Sachwertsparen, also Selbstinvestition, ist der einzige Weg zu sparen, ohne andere zu verschulden.

Im Alter versorgen kann uns ja auch nur unsere Nachfolgeneration, imaginäre Zahlen auf dem Konto nützen uns im Ernstfall wenig. Da ist noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten. Mit welchen Mitteln versucht denn Global Change, auf diese Themen aufmerksam zu machen?

Derzeit stellt unser Verein vor allem auf der Webseite Informationen bereit.

»Eine Schuldenbremse ohne eine zugehörige Guthabenbremse macht keinen Sinn.«

Warum hat sich neben dem Verein Global Change 2009 e.V. die Initiative Global Change Now gebildet?

Unser 2009er Verein ist mehr in der Theorie unterwegs, die Global-Change-Now-Bewegung will über Vernetzung und Aktivismus eher auf der Kommunikationsebene agieren.

Dein Mitstreiter, der Mathematiker und Softwareunternehmer Christian Schwerin, ist Mitinitiator des Regiogeldes »Zschopautaler« in der Region Mittweida. Seht Ihr Regiogeld als geeignetes Mittel zur globalen Wende, zum »global change«, in Sachen Geld?

Also ich sehe Regiogeld vor allem als Visualisierung von nicht hortbarem Geld. Das Problem des Guthaben- = Schuldenwachstums bekommt man damit aber nicht in den Griff, solange noch Hortgeld parallel existiert.

Das Interview führte Beate Bocking.

Weil, weil, weil ...

Von den monetären Kettenreaktionen in unseren Volkswirtschaften und warum sie letztendlich kollabieren müssen

Weil unsere Volkswirtschaften nur bei geschlossenem Geldkreislauf funktionieren, müssen alle Ersparnisse und Geldvermögensüberschüsse über Kredite wieder in die Wirtschaft zurückgeführt werden.

Weil diese Rückführungen nur über Zinsbelohnungen funktionieren, wachsen diese Geldvermögensüberschüsse, als Folge des Zinseszins-effekts, jedoch mit zunehmender Beschleunigung an und damit wiederum der Kreditaufnahme-Zwang.

Weil das Wachstum der Wirtschaft jedoch mit den Geldvermögen schließlich nicht mehr Schritt halten kann, müssen auch Privathaushalte und vor allem die Staaten mit erhöhten Kreditaufnahmen die sonst entstehende Nachfragerückfälle schließen.

Weil auch diese Kreditaufnahme-Möglichkeiten irgendwann an ihre Grenzen stoßen, kommt es zu einem Ausweichen der Überschüsse in die Spekulation und schließlich zu jenen Exzessen auf den Finanzmärkten, wie wir sie in den letzten Jahren erlebt haben.

Weil sich schließlich auch die Banken, um ihre wachsenden Einlagen-Überschüsse loszuwerden, an diesen Exzessen direkt beteiligen, kommt es auch hier zu astronomischen Verlusten, die dann von der Politik mit Steuergeldern aufgefangen werden.

Weil diese Steuergelder für solche Milliarden-Zahlungen jedoch immer weniger ausreichen, nehmen die Regierungen – trotz bereits überhöhter Verschuldungen – bei den Banken zusätzliche Kredite auf, um diese damit anschließend zu retten.

Weil mit diesen »Rettungsschirmen« die Zinsbelastungen noch mehr steigen, bleiben den Staaten schließlich nur noch Reduzierungen der Sozialausgaben übrig und den Unternehmen Senkungen der Lohnkosten.

Weil diese Reduzierungen der Verbraucher-Kaufkraft jedoch die Nachfrage auf den Märkten ebenso gefährden wie den sozialen Frieden, bleibt für die Politiker aller Couleur nur die Flucht in noch mehr Wirtschaftswachstum.

Weil der Spielraum zwischen Rettung des sozialen Friedens auf Kosten der Umwelt, oder Rettung der Umwelt auf Kosten des sozialen Friedens, immer kleiner wird, ist auch dieser »Ausweg« nicht mehr lange offen – es sei denn, man dreht endlich die »Flamme unter dem Kessel« kleiner, nämlich die der Zinsen, die ihn immer mehr zum Überkochen bringt!

Helmut Creutz

Warum kommen wir unter die Räder?



© Helmut Creutz

Grenzenloser Reichtum und Grenzen der Freiheit

Nie zuvor gab es so viel Wohlstand zu verteilen – und dennoch hat das Gros der Menschen immer weniger Spielraum, diesen Reichtum für ein Leben in Sicherheit und Harmonie zu nutzen. Der grenzenlose Reichtum einiger geht immer zu Lasten der Freiheit aller Übrigen.

Zur Freiheit der Menschen gehört der Zugang zu Bildung, Gesundheit und kreativer Freizeit. Trotz fleißiger und guter Arbeit bleibt dieser Zugang vielen weitgehend verwehrt. Die Freiheit der Menschen setzt außerdem voraus, dass wir die Erde, auf und von der wir leben, schützen. Nie zuvor gab es so viel Wohlstand, aber es gelingt uns nicht, unsere Umwelt vor Raubbau und Kontamination und uns vor Wirtschafts- und sozialen Krisen zu bewahren. Es herrscht zunehmend Angst, Verunsicherung und Not. Die bekannten Lösungsvorschläge für diese Probleme sind voller Widersprüche.

Wachstum ohne Maß

Das Bruttosozialprodukt muss ständig wachsen, um ein Auskommen für alle zu gewährleisten. Es werden Waren produziert, für die mit viel Aufwand Nachfrage geschaffen werden muss, um Arbeitsplätze zu sichern. Gleichzeitig sind zunehmende Produktivität und Rationalisierung für immer mehr Bürger eine Bedrohung, anstatt ein Segen für alle zu sein. Unserer Gesellschaft ist es derzeit nicht möglich, auf tödliche, schädliche und sinnlose Produktion zu verzichten. Der Volkswirtschaft, und in der Folge uns allen, geht es schlechter, wenn wir weniger trinken, essen, reisen, verschwenden und verbrauchen. Der Verzicht auf U-Boot-Exporte oder die Steuersubventionen für Dienstwagen würden, wie auch eine allgemeine Umstellung auf eine gesündere Ernährung mit der Folge eines geringeren Medikamentenumsatzes, die Produktion verringern und hätten damit auch geringere Steuereinnahmen zur Folge. Dies könnte beispielsweise die Finanzierung von Kita-Plätzen gefährden.

Schon ein Wachstum von drei Prozent bedeutet, dass Verbrauch und Produktion alle 23,5 Jahre verdoppelt werden. Vereinfacht ausgedrückt müssten unsere Kinder demnach 2030 doppelt so viel Bier trinken, Autos kaufen, Flugreisen machen und Tabletten schlucken wie wir derzeit, und das Vierfache dessen, was unsere Eltern in den 80er Jah-

ren schafften. Unklar ist, wie diese Steigerung der Nachfrage aussehen soll, wenn man bedenkt, dass immer mehr Menschen ganz ohne bezahlte Arbeit sind oder über immer weniger Kaufkraft verfügen.

Steigende Schuldenlast

Ökonomen jedweder Couleur wissen auf solche Widersprüchlichkeiten nur einen Rat: Der Staat soll noch mehr Schulden machen. Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise rechtfertigt zusätzliche Schulden in beinahe beliebiger Höhe. Mit »Konjunkturprogrammen« wird die Nachfrage stimuliert, wenn die Bürger nicht mehr genügend konsumieren wollen oder können. Nach 60 Jahren Wirtschaftswachstum fällt den Ökonomen nichts Besseres ein, als noch mehr Wirtschaftswachstum zu fordern. Angeblich ließe sich nur so der Verlust von Millionen Beschäftigungsverhältnissen aufhalten. Ein Verständnis von den tieferen Ursachen der Krise fehlt.

Der abrupte Abbruch der weltweiten Wachstumsphase 2008 ist für Ökonomen ein Ausrutscher wie alle Zusammenbrüche, die seit mehr als 200 Jahren in fast regelmäßi-

gen Abständen das Wirtschaftsgeschehen erschüttern. Auch heute glaubt man schon wieder, durch einige belanglose Maßnahmen nun endlich grenzenloses Wachstum ohne Zu-

Schon ein Wachstum von drei Prozent bedeutet, dass Verbrauch und Produktion alle 23,5 Jahre verdoppelt werden.

sammenbruch erzielen zu können. Dass ein System, das immer schneller anwächst, früher oder später einbrechen muss, ist im Denken der Ökonomen nicht berücksichtigt.

Der Kern der Krise besteht darin, dass immer mehr und immer effektiver produziert wird, während die Löhne der Arbeitenden immer weniger ausreichen, die erzeugten Waren zu kaufen. Der Altmeister der Ökonomie, John Maynard Keynes, hatte bereits 1936 in seinem Hauptwerk »Die Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und

»Durchhaltekosten« notwendig

John Maynard Keynes schrieb über Silvio Gesell und dessen Idee eines durch eine Liquiditätsgebühr »rostenden Geldes«:

»Gesells besonderer Beitrag zur Theorie des Geldes und der Zinsen ist wie folgt: Erstens unterscheidet er deutlich zwischen dem Zinsfuß und der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, und er legt dar, daß es der Zinsfuß ist, welcher der Wachstumsrate des Realkapitals eine Grenze setzt. Dann hebt er hervor, daß der Zinsfuß eine rein geldliche Erscheinung ist, und daß die Eigentümlichkeit des Geldes, von der die Bedeutung des Geldzinsfußes herrührt, in der Tatsache liegt, daß ihr Besitz als Mittel, Reichtum aufzuspeichern, dem Besitzer unbedeutende Durchhaltekosten verursacht (...).«

Gesell habe seine Theorie »weit genug entwickelt, um zu einem praktischen Schluß zu kommen, der den Kern dessen in sich tragen mag, was notwendig ist (...) Die Hauptnotwendigkeit ist somit eine Senkung des Zinsfußes, und dies, hebt er hervor, kann dadurch erreicht werden, daß man veranlaßt, daß das Geld Durchhaltekosten bedingt, genau wie andere Vorräte unproduktiver Güter.«

John Maynard Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Übersetzung von Fritz Waeger, 7. Auflage, unveränderter Nachdruck der 1936 erschienenen 1. Auflage, Duncker & Humblot, Berlin 1994, S. 298 ff



des Geldes« die Zusammenhänge dargestellt und dabei auch auf den Geld- und Bodenreformer Silvio Gesell hingewiesen, dessen Werk »Einfälle tiefer Einsicht« enthalte.

Wenn das Wachstum in der Produktion zurückgeht, muss auch der Zinsfuß gegen Null sinken. Nur so ist gewährleistet, dass die Arbeitenden dauerhaft ausreichend Lohn erhalten, um die Waren zu kaufen, die sie erzeugen. Leider haben es nahezu alle Ökonomen ein halbes Jahrhundert lang versäumt, sich über ein Zinsniveau um Null Gedanken zu machen. Sie waren im Rausch des unbegrenzten Wachstums verfangen, und das Erwachen in der Realität, die heute die Grenzen des Wachstums vorgibt, ist für sie mehr als irritierend.

Dabei ist die Aufgabenstellung recht einfach: Der Absatz ist nicht grenzenlos zu steigern, und damit ist auch das Wachstum des Sozialprodukts begrenzt. Behält man ein Geldsystem bei, das einen Kapitalmarktzins von mindestens drei Prozent fordert, verarmen alle, die nicht überwiegend von ihrem Kapitalertrag leben.

Die Spanne zwischen Wachstumsrate und Zinssatz ist die entscheidende Belastung für die öffentlichen Haushalte wie für die Unternehmen. Die Kapitalkosten können in der

Die Einführung einer Liquiditätsgebühr und sinkende Zinsen geben Impulse, die die soziale Marktwirtschaft dringend braucht. Jeder Bürger soll sich ausreichend Bildung, Kultur und soziale Sicherheit leisten können.

Überangebotssituation nicht ausreichend über die Preise an die Konsumenten weitergegeben werden. Die Folge sind Entlassungen und höherer Leistungsdruck bei den Beschäftigten. Das spüren die Journalisten in den Verlagshäusern gleichermaßen wie die Arbeiter in der Fabrikhalle oder die LKW-Fahrer auf den Straßen. Auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst stehen unter diesem immer höheren Druck.

Der entscheidende Hebel

Ein Ausweg wird erkennbar, wenn die Zinssätze am Kapitalmarkt bei gesättigten Märkten dauerhaft um die Null-Prozent-Marke pendeln. Dies setzt voraus, dass Sparer ihr Geldvermögen auch dann bereitwillig ausleihen, wenn sich der Zins der Inflationsrate annähert. Zu diesem Zweck muss sich unser Verständnis vom Umgang mit Geld anpassen. Die Nutzung von Liquidität muss Kosten ver-

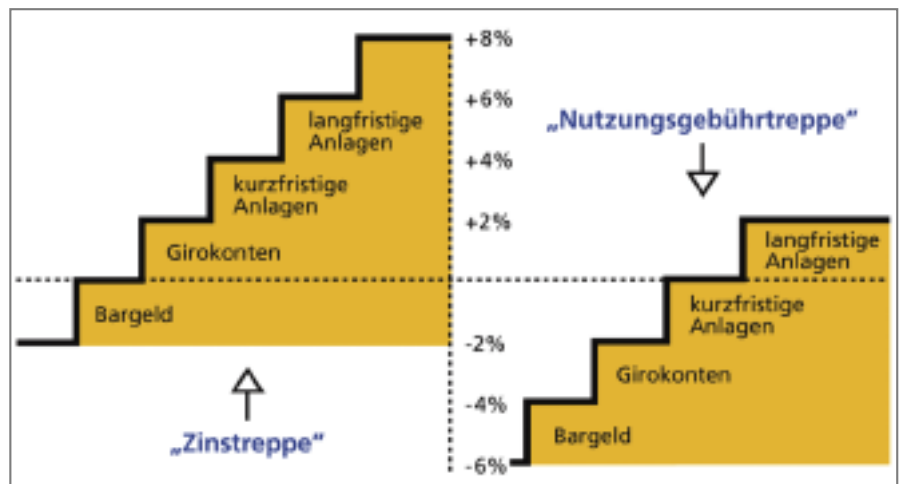


Abbildung 1: Die heutige Zinstreppe (links) verändert sich durch die einzuführende Nutzungsgebühr (rechts). Der Verlauf der Zinstreppe ist entscheidend für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. (Creutz & Willemsen)

ursachen. Diese Bedingung hat durch die Realität an den Weltfinanzmärkten bereits Einzug in die wissenschaftliche Debatte gehalten. Verwundert rieben sich die Ökonomen zu Jahresbeginn 2009 die Augen, als hätten sie gerade erst entdeckt, dass es einen negativen Zahlenbereich gibt. Ein Blick auf ihre gewohnten Formeln sagte ihnen: Leitzinsen weiter senken. Nach den Taylor-Regeln müssten die Leitzinsen derzeit negativ sein. Der Leitzins des US-Dollar sollte im Frühjahr 2009 minus fünf Prozent betragen. Das jedoch schien schlicht nicht möglich. Es hieße, so die Sorge, die Geschäftsbanken bekämen eine Geldprämie dafür, dass sie Geld in Umlauf bringen. Eine dramatische Ausweitung der Bargeldmenge wäre die Folge.

Während die Theoretiker noch darüber berieten, ob negative Zinssätze tatsächlich unmöglich seien, wagte die Schwedische Notenbank den ersten Schritt. Sie legte den Zins für Einlagen der Geschäftsbanken bei der Zentralbank im Juli 2009 auf minus 0,25 Prozent fest. Damit verursacht ein Teil der Überschussliquidität den Geschäftsbanken Kosten, die sie nur vermeiden können, wenn sie diese Liquidität anderen Geldhäusern zur Verfügung stellen. Die Entscheidung hat bewiesen, dass negative Zinsen technisch einsetzbar sind. Dem Geld kann so ein Impuls gegeben werden, sich auch dann anzubieten, wenn keine Zinsgewinne locken. Stockungen im Geldkreislauf und Kreditklemmen zwischen den Geschäftsbanken werden so verhindert.

Gebühr auf Liquidität

Der nächste Schritt muss darin bestehen, diese Erkenntnisse auf das von uns genutzte Bargeld und die Girokonten bei den Geschäftsbanken anzuwenden. Ein Problem der Geldmengensteuerung besteht darin, dass die herausgegebene Geldmenge derzeit nicht gleichmäßig umläuft. Wenn der Geldumlauf

gewährleistet ist, wird Geld ausgegeben, investiert oder anderen in Form von Krediten zur Verfügung gestellt. Die entscheidende Veränderung muss durch die Beeinflussung der Geldumlaufgeschwindigkeit (genauer: durch eine Verstetigung des Geldumlaufs) erreicht werden. In den Lehrbüchern findet sich hierfür jedoch kein geeignetes Mittel außer einer erhöhten Inflationsrate. Der bisher bekannte, plausible Lösungsweg heißt: Liquiditätsgebühr.

Zins- und Inflationsraten um null Prozent machen Hortung und verstärkte Liquidität zu Spekulationszwecken attraktiv. In der Folge verringert sich das Angebot für langfristige Ausleihungen. Die Kassenhaltung unterliegt derzeit keinem Inflationsverlust und verursacht keine Kosten. Ein so genannter Geldstreik ist die beinahe zwingende Folge. Schon John Maynard Keynes hat dies, mit Verweisen auf Silvio Gesell, beschrieben. Den Ausweg bietet eine Gebühr auf die Geldnutzung bzw. auf die Geldhaltung. Das Zurückhalten von Liquidität kann durch eine Gebühr auf Bargeld zum Kostenfaktor gemacht werden. Dadurch werden die Marktteilnehmer angehalten, ihre Liquidität weiterzugeben. Dies geschieht in Form von Käufen, Investitionen oder als Kredit an andere. Mit einer Nutzungsgebühr bekommen die Notenbanken ein Regulativ an die Hand, mit dem sie aktiv die Umlaufgeschwindigkeit der herausgegebenen Geldmenge beeinflussen können. Ein gleichmäßiger Geldumlauf beugt Nachfragekrisen vor. Mit den Kosten für die Hortung des Geldes wird gleichzeitig verhindert, dass sich ein Inflationspotenzial aufbauen kann, wie dies bisher immer wieder geschieht. Eine Verstetigung der Umlaufgeschwindigkeit beruhigt die Warenmärkte. Das zyklische Auf und Ab durch Nachfragekrisen kann so entscheidend gedämpft werden.

Vollbeschäftigung und Arbeitszeitverkürzung

Ein wesentlicher Effekt einer Geldgebühr besteht darin, dass das Angebot an langfristigen Ausleihungen konstant hoch bleibt. Wenn Liquidität Kosten verursacht, werden sich viele Spekulationen nicht mehr rentieren. Dafür eingesetzte Guthaben werden abgebaut und zu Gunsten mittel- und lang-

bestreiten will, muss in die Lage versetzt werden, einen Arbeitsplatz zu anständigen Konditionen zu finden. Nur so hat er die Freiheit, sich seinen Vorstellungen entsprechend zu entfalten. Ferner muss sich jeder Bürger ausreichend Bildung, Kultur und soziale Sicherheit leisten können. Nur so ist ein Leben in Würde zu führen. Die Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg darf nicht wie

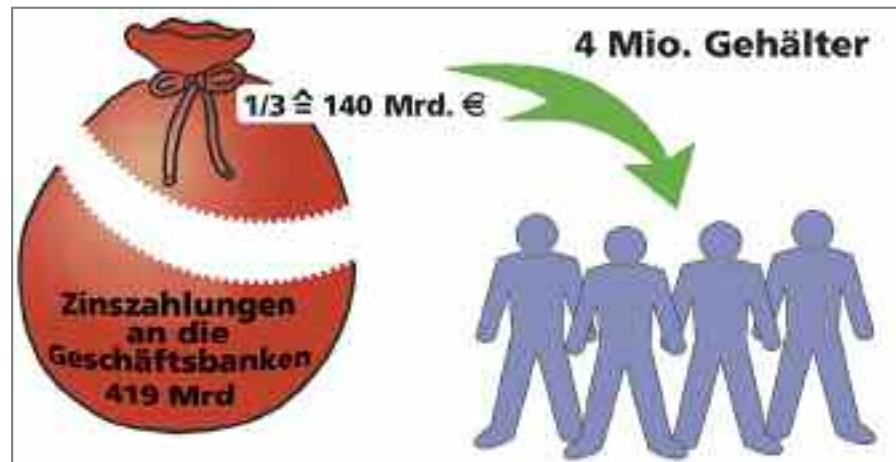


Abbildung 2: Vollbeschäftigung ist machbar. Mit den heutigen riesigen Zinsaufwendungen könnte zukünftig Arbeit bezahlt werden. (Willemsen)

fristiger Anlagen umgeschichtet. Dies drückt den Preis des Geldes und macht Kredite dauerhaft billig. Abbildung 1 zeigt die Auswirkung auf den Kreditmarkt. Durch die »Tieferlegung« sinken die Zinssätze. Unternehmen und Gesellschaft profitieren so von dauerhaft niedrigen Kapitalmarktzinsen und vermeiden die Konsequenzen steigender Zinslasten.

Die Dimension der Zinsbelastung ist gewaltig. Entsprechend wirkungsvoll könnten die Folgen von dauerhaften Zinssenkungen sein. Schon ein Absinken des Kapitalmarkt-Zinssatzes um ein Drittel würde die öffentliche Hand und die Betriebe um eine Summe entlasten, die den Gehältern von vier Millionen Beschäftigten entspricht (Zahlen für Deutschland 2007 bei einem durchschnittlichen Bruttogehalt von 35 000 Euro). Die Grafik macht anschaulich, dass schon ein geringfügiges Absinken des Kapitalmarktzinses Vollbeschäftigung finanzierbar macht. Mit vier Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen könnte die wöchentliche Arbeitszeit aller Beschäftigten auf 33 Stunden sinken, ohne die Gesamtleistung zu verändern. Neue Arbeitsplätze würden sich positiv auf die derzeitige Absatzkrise auswirken.

Leben in Würde

Die Einführung einer Liquiditätsgebühr und sinkende Zinsen geben Impulse, die die soziale Marktwirtschaft dringend braucht, um ein für alle Menschen lebenswertes Gemeinwesen zu erhalten. Jeder Mensch, der seinen Lebensunterhalt durch eigene Arbeit

ein Damoklesschwert über Millionen von Bürgern schweben. Solche Verhältnisse, die krank machen und Aggressionen fördern, sollten in der modernen Gesellschaft der Vergangenheit angehören.

Die Zinszahlungen sind, nach den Renten, der zweitgrößte Posten im Haushalt der Bundesregierung. Sinkende Zinssätze führen neben den Einsparungen beim Arbeitslosenbudget zu einer positiven Entwicklung der Steuereinnahmen, die Neuverschuldungen zukünftig vermeidbar machen. So wird Spielraum gewonnen, damit Politik wieder gestalten kann. Dann können die Steuerzahler entlastet werden, wodurch deren Kaufkraft zusätzlich gestärkt wird. Was es nicht mehr braucht, sind staatliche Wachstums- und Konjunkturprogramme. Bei einem Null-Zins-Niveau am Kapitalmarkt haben die Unternehmen optimale Produktionsbedingungen. Immer da, wo ein Bedarf ist, wird sich ein Angebot einstellen. Keine Firma muss mehr in Insolvenz gehen, weil sie ihre Zinslasten nicht mehr erwirtschaften kann.

Ökologische Wende und soziale Stabilität

Das entscheidende Argument für ein neues Geldverständnis besteht darin, dass ein wachstums- und verteilungsneutrales Geld den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft erst möglich macht. Die Wettbewerbsnachteile regenerativer Energiequellen sind Folgen unseres fehlerhaften Geldsystems. Die Zinslasten sind die direkte Ur-

Ein Null-Zins-Niveau fördert umweltfreundliche Investitionen. Der ökologische Wandel wird endlich finanzierbar.

che dafür, dass es lukrativer ist, Kohle zu verbrennen, als Solarzellen auf jedes Dach zu setzen, denn die Kapitalkosten – sprich die Verzinsung – dieser höheren Anfangsinvestitionen schlagen in der Gesamtkalkulation stärker zu Buche als die über die Jahre verteilt anfallenden Kosten für Brennmateriale.

Ein Null-Zins-Niveau dagegen fördert umweltfreundliche Investitionen. Der ökologische Wandel wird endlich finanzierbar. Der gesellschaftliche Gewinn, der durch ein Null-Zins-Niveau entsteht, ist immens. Die zwangsläufige Verarmung immer größerer Teile der Bevölkerung wird dadurch beendet, die öffentlichen Haushalte erhalten wieder Handlungsspielräume, die sozialen Sicherungssysteme können auf Dauer stabilisiert werden. Unternehmen und Arbeiter werden entlastet. Wenn es der Notenbank gelingt, bei niedrigsten Zinssätzen und vollkommener Preisstabilität einen stetigen Geldumlauf zu gewährleisten, ist Wohlstand für alle bei nachhaltiger Stabilität zu erreichen. Nur so entkommen wir der Wachstumsfalle.

Politisch wird es darauf ankommen, diese Reform der Geldordnung in den gesellschaftlichen Diskurs einzubauen. Professoren wie Greg Mankiw (Harvard), Willem Buiter (London School of Economics), Ulrich van Suntum (INSM und Uni Münster) und Thomas Huth (Uni Lüneburg) haben diesen Prozess unter den Stichworten »Negative Zinsen« und »Durchhaltekosten« in der aktuellen Volkswirtschaftslehre angestoßen. NGOs wie die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung treiben die Entwicklung von der Basis her voran.

Bei diesem Beitrag handelt es sich um die leicht überarbeitete Fassung einer Veröffentlichung in einem Band des MinD-Hochschulnetzwerkes: Seemüller, A., Baudson, T. G. & Dresler, M. (Hrsg.): Freiheit. Interdisziplinäre Betrachtungen. Stuttgart, Hirzel 2010.



Klaus Willemsen (geb. Popp) ist seit 1989 Referent, Seminarleiter, Autor und Berater in Sachen Fairconomy. Er leitet das Fairconomy Büro Düsseldorf. Sein Buch »Das Märchen vom guten Zins« erschien 2006 im Signum-Verlag.

Bericht vom Aktiventreffen

Vom 18. bis 20. Februar 2011 trafen sich die INWO-Aktiven in der Jugendherberge von Zwingenberg. Es gab verschiedene Themenschwerpunkte, die in entspannter Atmosphäre intensiv besprochen wurden. Die Forderungen der INWO an die Europäische Zentralbank war einer davon. Grundlage dafür war die Ausarbeitung von Tobias Schütze nach dem Vertiefungsseminar mit Dirk Löhr und Klaus Willemsen im vergangenen Jahr. Die Teilnehmer waren sich einig, dass diese Forderungen wissenschaftlich korrekt, aber nicht systematisch begründet sein müssen. Vereinbart wurde, dass sie mit den entsprechenden Erläuterungen auf der 2. Ebene der INWO-Internetseite veröffentlicht wer-



Jugendherberge Zwingenberg

INWO aktiv

Wer sich in der INWO engagieren möchte, hat die Möglichkeit, sich über den Mailverteiler INWO-aktiv mit anderen Aktiven auszutauschen.

Wer in den Verteiler aufgenommen werden möchte, schickt einfach eine Mail an: ralf.gelz@INWO.de

**DAMIT GELD SINN
MAGHT: JETZT INWO-
MITGLIED WERDEN!**

den. Ein weiteres Forderungspapier zur Entwicklung der Steuer- und Sozialsysteme soll erarbeitet werden. Unter Einbeziehung des ressourcengestützten Grundeinkommens (Standpunkt 3) von Alwine Schreiber-Martens werden die Ergebnisse als Antrag der Mitgliederversammlung vorgelegt.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Internetseite der INWO. Erst einmal war eine Verständigung darüber nötig, welche Texttypen unsere Internetpräsenz braucht. Recht schnell und einvernehmlich wurden folgende Ebenen herausgearbeitet:

1. ein Einführungstext (dazu werden Texte der alten Homepage gesichtet und entsprechend aufgearbeitet)
2. unsere Forderungen und die Erläuterungen dazu
3. die Begründung und Herleitung
4. FAQ-Fragen und Antworten

Im Rahmen dieser Diskussion wurde auch die Intention des Entwurfs von Norbert Olah für in Ordnung befunden, aber ohne grundlegende stilistische Überarbeitung wurde dieser als nicht auf der Homepage einsetzbar erachtet.

Im Umgang mit den INWO-Kernthemen gab es Einigkeit, dass es dafür kein zusätzliches Gremium geben muss. Strategische Fragen sind angemessen mit den Aktiven zu erörtern und letztlich der Mitgliederversammlung zur Entscheidung vorzulegen.

Beim Thema Mitgliederwerbung und Öffentlichkeitsarbeit wurde angedacht, eine »Mitglieder werben Mitglieder«-Aktion über die Internetseite zu starten. Auch über einen Filmtrailer wurde nachgedacht. Dazu müssen noch Konzepte erstellt und mögliche Kooperationen geprüft sowie internes Potential ausfindig gemacht werden.

Für die bevorstehende Mitgliederversammlung wurden die Anträge zur Vereinsordnung vorgestellt und besprochen. Außerdem nahm Jörg Schreiner dies zum Anlass, noch fristgerecht einen Antrag auf Veränderung des Vereinsnamens von »INWO« in »Fairconomy e.V.« einzureichen.

Erich Lange



Warum wir für die INWO aktiv sind ...

Wir sind auf dem Evangelischen Kirchentag in Leipzig 1997 auf die INWO aufmerksam geworden. Seitdem lässt uns die Geld- und Machtproblematik nicht mehr los. Unsere Weltsicht hat sich geändert, wir verstehen immer besser, wie unser Finanz- und Wirtschaftssystem funktioniert und welche untergeordnete Rolle dabei die Politik spielt. Die INWO ist ein winzig kleines Gegengewicht. Ihr gegenüber steht die ungeheure Macht in den Köpfen und im Tun derjenigen, die vom Status quo profitieren. Andere nehmen vielleicht aus Angst vor Veränderungen die größte Veränderung, nämlich den zwangsläufigen Zusammenbruch unseres Wirtschaftssystems, in Kauf – getreu dem Motto »Es ist noch immer gut gegangen«. Unabhängige Aufklärung tut Not, ohne Schwarzmalerei, aber mit dem Vertrauen in die Möglichkeit einer vom Wachstumswahn befreiten, gerechteren Welt. Die INWO steht für den Umbau aus dem Wissen heraus, dass die eigene Urteilsfähigkeit auf Grund von Einsicht in Zusammenhänge gegen die auf uns einwirkende Meinungsmache immunisiert. Deshalb kann das Gegengewicht nur größer werden – und wir beide versuchen, uns besonders schwer zu machen.

Julie und Bernd Cremer, Zülpich



Mitgliederversammlung 2011 der INWO Deutschland

am Samstag, den 2. April 2011

in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal-Nevinges

Beginn der Versammlung ist um 10 Uhr und sie wird, falls erforderlich, am Sonntag fortgesetzt. Bereits am Freitagabend planen wir eine Diskussion zu einem inhaltlichen Thema, am Sonntagvormittag möchten wir zusammen mit Ihnen den Blick auf die gemeinsamen künftigen Aufgaben und Ziele richten.

Neben den Vorstandsneuwahlen stehen u.a. auch eine Abstimmung über die Umbenennung der INWO in Fairconomy e.V. sowie Diskussionen über die geldpolitischen Forderungen der INWO und die Weiterentwicklung ihrer inhaltlichen Positionen zu Steuern und Sozialpolitik auf der Tagesordnung.

Wir weisen darauf hin, dass stimmberechtigt nur alle ordentlichen Mitglieder sind. Anträge auf Umwandlung einer Fördermitgliedschaft in eine ordentliche Mitgliedschaft sind beim INWO-Büro in Rotenburg zu stellen. Über Anträge, die nach dem 19. März eingehen, wird u.U. erst nach der MV entschieden.

Weitere Informationen zu Anmeldung und Übernachtungs-/Verpflegungskosten:

Im Internet unter www.INWO.de/SGT und www.silvio-gesell-tagungsstaette.de

oder direkt bei der Tagungsstätte: Andreas Bangemann, Tel. 02053-42 37 66, Fax.: 02053-42 37 99,

E-Mail: ab@silvio-gesell-tagungsstaette.de

Wir kandidieren

Dr. rer. nat. Norbert Olah, Jahrgang 1965, Physiker, INWO-Mitglied seit 1998.



Schwerpunkte:

- Eindringen in den wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream: Begründung der freiwirtschaftlichen Geldreform aus der Wirtschaftswissenschaft heraus, statt diese nur pauschal abzulehnen und sich damit freiwillig in eine Außenseiterposition zu begeben. Hierzu wurde bereits ein Papier mit Prof. Huth und Prof. Löhr veröffentlicht (Olah N., Huth Th. und Löhr D.: Geldpolitik mit optimaler Zinsstruktur. Zeitschrift für Sozialökonomie 164/165 2010, S. 13-22).

- Entwurf eines Einführungstextes für die neue Fairconomy-Homepage (www.inwo2.inwo.de): Das Selbstverständnis der INWO als Bildungs- und Aufklärungsverein sollte sich im Niveau der Homepage widerspiegeln. Auf einem mittleren, durchaus teilweise wissenschaftlichen Niveau sollten folgende Kriterien gegeneinander abgewogen werden: Verständlichkeit, Niveau und Knappheit, Zielgruppen, Argumente und emotionale Ansprache, Theorie und Empirie. Es sollte deutlich werden, dass wir die herkömmliche Volks-

wirtschaftslehre sowie andere, alternative Strömungen zur Kenntnis nehmen, aber trotzdem und gerade auch deswegen die Geld- und Bodenreform in den Mittelpunkt stellen. Darüber hinaus sollten wir die Integrierbarkeit der verschiedenen Konzepte untersuchen. Neben den Kernthemen Geld und Boden darf eine Fairconomy-Webseite auch andere Themen ansprechen, die für eine faire Wirtschaftsordnung von Bedeutung sind.

Ralf Gelz, Jahrgang 1966, Dipl. Kfm., INWO-Mitglied seit 2003, Mitglied im Vorstand der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft seit 2008.



Schwerpunkte:

- Bündnisarbeit, Vernetzung mit anderen sozialen Bewegungen: Die Wirksamkeit unserer Arbeit kann durch die Vernetzung mit anderen sozialen Bewegungen deutlich erhöht

werden. Menschen, die in sozialen Bewegungen engagiert sind und sich für gesellschaftliche Veränderungen einsetzen, interessieren sich oft auch für andere, »benachbarte« Reformideen. Da das Thema Geld eigentlich überall eine Rolle spielt, sind engagierte Bürgerinnen und Bürger ideale Multi-

plikatoren, die unsere Kernthemen als Nebenthemen mit transportieren können. Diese Kooperationen bedürfen einer aktiven Bündnisarbeit und Kontaktpflege sowie des Aufspürens von möglichen inhaltlichen aber auch intentionalen Schnittstellen und gemeinsamer Perspektiven. Auch für uns kann eine aktive Auseinandersetzung mit anderen Reformideen interessant und spannend sein. Einen Konsens innerhalb der INWO braucht es nur über unsere Kernthemen zu geben.

Ein erster Erfolg dieser Bündnisarbeit ist die Zusammenarbeit und die gemeinsame Tagung mit Global Change. Diese Vernetzung hat bereits funktioniert und unsere Bekanntheit gesteigert, kann und muss aber intensiviert werden. Ich sehe meine Aufgabe im Vorstand in der Suche nach weiteren interessanten Partnern für gemeinsame Aktionen und Bildungsveranstaltungen.

- Das Wissen um unsere Kernthemen und die inhaltliche Durchdringung ihrer Aspekte und der angrenzenden Themenstellungen kann mit den Mitteln der neuen Homepage in einem offenen Wikipedia-ähnlichen Prozess gestaltet werden. Hierdurch können periodisch wiederkehrende Diskussionen auf der Mailingliste und ein Versinken des Know-hows in alten E-Mails vermieden werden. Die Energien auf der Mailingliste in dieser Weise effizient zu kanalisieren, ist ein weiteres Ziel meiner Arbeit.

Wir bewerben uns im Team um das Amt des INWO e.V.-Vorstands mit dem Ziel,

- dem Verein mehr Bedeutung in der deutschen Bildungslandschaft und
- den Ideen der Geld- und Bodenreform eine stärkere öffentliche Wahrnehmung zu verschaffen.

Dazu wollen wir effektive Strukturen, klare Konturen und ein attraktives inhaltliches Profil ermöglichen. Wichtig sind uns eine kontinuierliche Erweiterung der Mitgliederbasis, die optimale Unterstützung der vor Ort Aktiven und die Qualität unserer gesellschaftspolitischen Positionierung.



Prof. Dr. habil. Dirk Löhr, MBA

Jahrgang 1964, Professor für Steuerlehre und Ökologische Ökonomik an der FH Trier, Umwelt-Campus Birkenfeld. Promotion über Unternehmensbewertung, Habilitation im Bereich der Sozialökonomik. Sprecher des Zentrums für Bodenschutz und Flächenhaushaltspolitik, nebenberufliche Tätigkeit als Steuerberater in einer Heidelberger Kanzlei, freiberufliche Tätigkeit als Consultant für die GTZ (nunmehr GIZ; Land-Reform in Kambodscha), Mitglied im Gutachterausschuss für die Ermittlung von Grundstückswerten des Landkreises Birkenfeld, Dozent in der Sprengnetter Akademie (Immobilienbewertung), langjähriger Vorsitzender der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Vor der Berufung als Professor (Ende 1997) Kaufmännischer Leiter des Regionalbereichs Mitte/GB Fernverkehr der Deutsche Bahn AG und Aufsichtsratsmitglied in der DB Dialog GmbH. Zuvor (bis Ende 1995) Prokurist der IFA Hotel & Touristik AG. Leitung des Konzern-Controllings und des Konzern-Rechnungswesens, Management der Börseneinführung in den Amtlichen Handel der Wertpapierbörsen zu Frankfurt und Düsseldorf, Zuständigkeit für Investor Relations. Veröffentlichung einer Reihe von Artikeln in Fachzeitschriften zu den Themen Unternehmensbewertung, Bilanzierung und Steuern, Geld, Umweltökonomie, Boden- und Flächenhaushaltspolitik.



Klaus Willemsen (geb. Popp)

Jahrgang 1962, Dipl. Sozialpädagoge und seit 1989 Referent, Autor und Berater für Geldreform & Fairconomy, Schüler des

Wirtschaftsanalytikers Helmut Creutz, Mitarbeiter und Berater des INWO-Vorstands und anderer freiwirtschaftlicher Organisationen. Von 2000 bis 2006 freiberuflicher Geschäftsführer der INWO. Als Autor, Seminarleiter und Referent ca. 70 Tages- und Wochenendseminare sowie Vorträge über die Chancen gesellschaftlicher Weiterentwicklung und die Fairconomy. Leiter des Fairconomy Büros als Lobby und zur Koordination von Aktionen, zur Verbreitung des zinskritischen Ansatzes.



Erich Lange

Jahrgang 1957, seit 1982 Mitarbeiter im Volkswagenwerk Baunatal und dort gewerkschaftlich aktiv als IGM-Vertrauensmann. Weiterbildung durch verschiede-

nen Seminare, wie Ökonomie und Sozialstaat, Ökologie und Ökonomie. Ab 2006 Mitglied im Gremium des IGM-Betriebsrates. Als aktives Mitglied seit 1998 für die INWO in der Region Nordhessen tätig. Ab 2002 Organisation der Infostände bei den Deutschen Evangelischen Kirchentagen. In 2008 auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung zum 2. Vorsitzenden in den Vorstand der INWO gewählt. Zuständig für die Mitgliederverwaltung und den INWO-Versand. Kontinuität und Verlässlichkeit sind unerlässlich, um die Ziele der INWO umzusetzen, und zugleich meine Motivation zur erneuten Kandidatur.

Im Einzelnen sehen wir Handlungsbedarf in folgenden Punkten:

- Intensivierung der Bildungs- und Aufklärungsarbeit
- Ausweitung der Aktivitäten vor Ort
- Qualifizierte Informationen an Medien und andere Organisationen herausgeben
- Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit
- Fokussierung auf Kernthemen, Profil schärfen
- Gesellschaftliche Themen im Umfeld des freiwirtschaftlichen Themenkerns besetzen & INWO-Standpunkte darstellen/erstellen

Mittelfristig sehen wir folgenden Veränderungsbedarf:

- Pressestelle/Pressesprecher
- Professionelle Betreuung von Aktiven und engagierten Mitgliedern
- Einrichtung einer Koordinierungsstelle/Geschäftsstelle innerhalb weniger Jahre

Zu unserem Selbstverständnis gehört:

- Ein unverwechselbares Profil der INWO zu entwickeln

- Die INWO für Interessenten als attraktives Betätigungsfeld aufzustellen
- Die Arbeit und die Kompetenz des Aktiventreffens zu optimieren
- Deutliche Positionen bei Auseinandersetzungen zu beziehen
- Einen respektvollen Stil bei internen Auseinandersetzungen zu gewährleisten

Die INWO muss ansprechender für neue, seriöse, an sachlicher Aufklärung interessierte Leute sein. Davon gibt es viele. Wir wollen ihnen vermitteln, dass es sich lohnt, bei der INWO mitzuarbeiten.

Die Kernthemen Umlaufsicherung und Bodenreform werden klar definiert. Darüber hinaus werden wir die Möglichkeit schaffen, die zahlreichen gesellschaftlichen Konsequenzen – durchaus mit unterschiedlichen politischen Vorstellungen – zu präsentieren.

Das Ziel unserer Arbeit wird es sein, die Chancen einer Geld- und Bodenreform in der gesellschaftlichen Diskussion zu etablieren, wobei ein zentraler Baustein die Umlaufsicherung ist. Unsere Zielgruppen werden verstärkt die Mittelschicht und die Funktionsträger/Multiplikatoren unserer Gesellschaft sein, wie dies bei den Aktiventreffen in 2010 diskutiert und als Minimalkonsens ausgearbeitet wurde.

Weltverbesserung in Davos?

Vom 26. bis 30. Januar fand unter dem Motto »Gemeinsame Normen für eine neue Realität« das 41. Jahrestreffen des Weltwirtschaftsforums statt. Alec Gagneux, Entwicklungs-Aktivist und Vorstand der INWO Schweiz, ist seit Jahren beim World Economic Forum (WEF) und sucht den Dialog mit Menschen, denen er während dieser Zeit auf den Strassen von Davos begegnet.

Meist sind es kurze Gespräche mit Leuten wie Ackermann, Brabeck oder Schwab. Immer wieder ist er dar-

über erstaunt, wie die Welt durch eine »gemeinnützige« Stiftung verbessert werden soll, deren Stiftungsrat vor allem mit »Geld machen« beschäftigt ist.

Worum es Alec und den anderen FriedensaktivistInnen geht, zeigt der Text des in diesem Jahr in Davos verteilten Flugblatts:

Wer 2012 beim WEF in Davos mitmachen möchte, kann sich per E-Mail bei Alec Gagneux (www.fairCH.ch) melden: alecgagneux@hotmail.com



»Möchten Sie mal auf der afrikanischen Seite spielen?« – Ein schräg gestelltes Tischfussballspiel stellt den »freien Markt« dar. Die Armen spielen bergauf und so gewinnen die Reichen (fast) immer. Das Spielfeld ist nicht eben, weil ein Goldbarren unter dem Gestell die Subventionen von IWF, Weltbank, EU und den USA symbolisiert.

INWO beim Sozial- und Umweltforum Ostschweiz 2011

Am 13. und 14. Mai bietet die INWO zwei Workshops und einen Infostand an. Dafür werden noch Teilnehmer und Helfer gesucht. Das SUFO bietet Menschen aller Altersgruppen die Möglichkeit, über gesellschaftliche, ökologische, wirtschaftliche und kulturelle Themen zu debattieren und vernetzt die Ostschweiz und ihre Organisationen mit der ganzen Welt. Details unter: www.sufo.ch

Weltverbesserung (WEF): Was ist hier valsch?

Wie Sie vielleicht wissen, sagen die WEF-Führer seit 40 Jahren, dass sie die Welt verbessern wollen (auf der WEF-Flagge steht: »Committed to improving ... the World«). Aber – für diese Leute kommt zuerst das Geld und erst dann die Welt: Noch nie gab es so viele hungernde Menschen, noch nie wurden die Vermögen der Reichen schneller verdoppelt. Dank Wachstumszwang ist die Ausrottung von Arten effizienter als je zuvor.

Als ich letztes Jahr Joe Ackermann fragte, ob es nicht möglich wäre, ohne Zwang zu permanentem Wachstum zu wirtschaften, antwortete er: »Dann müsste man zurück zum Tauschhandel.« Das zeigte mir, dass er eigentlich wüsste, wie man die Welt verbessert – er aber GELD statt WELT im Kopf hat. Sein Business ist es, Kunden (Staaten, Bürger) möglichst hoch zu verschulden, damit er und seine WEF-Kollegen ständig mehr Zinsen garnieren können. Das funktioniert so »gut«, dass heute arbeitslos mehr »verdient« wird als durch Arbeit. WEF-Leute lieben es, von der Leistungsgesellschaft zu schwärmen: Menschen in China und Afrika schufteten am billigsten – das ist ideal für die leistungslose Gewinnmaximierung einiger weniger.

Seit einigen Jahren ist Philanthropie (Gutmenschentum) in Davos Trumpf: Man gibt für die Armen. Resultat: Die Armen werden trotzdem ärmer und die meisten Philanthropen werden reicher. Die Weltbank erklärt auch gleich warum: Die armen Länder bezahlen Industrieländern drei Mal mehr Zinsen, als diese für Entwicklungshilfe budgetieren.

21 Milliarden Schweizer Franken mehr haben die 300 Reichsten der Schweiz im Krisen(?)jahr 2010 erbeutet. Die Schere zwischen Reich und Arm ist bei uns mittlerweile extrem feudal: 3% haben mehr als 97% der Bevölkerung.

Wir wünschen WEF-Leuten, dass sie endlich ihre Angst vor Wahrheit und weiterem Gesichtverlust abbauen können, indem sie ...

1. Kinder ernst nehmen, welche die »Lösung« vom ewigem Wachstum auf einem endlichen Planeten als Wahnsinn entlarven,
2. ethisch handeln, weil Gier sie unglücklich und krank gemacht hat,
3. die WEF-Titanic stoppen, bevor sie die nächste Ölbohrinsel rammt.

Unsere Anliegen: Die UNO-Mitglieder haben sich verpflichtet, bis 2015 die extreme Armut zu halbieren. Wir fordern ein WEF, das seinem Commitment ausgewogen folgt, indem die unethische Verdopplung des extremen Reichtums auch bekämpft wird.

Der Initiant dieser Aktion arbeitet in Ländern wie Haiti, Togo, Schweiz oder Indien. In seinen Projekten entstehen solare Gemeinschaftsküchen, lernen die Menschen wirtschaftliche Zusammenhänge kennen und erhalten einen würdigen Zugriff zur Familienplanung. Hauptziel ist es, so viel Unabhängigkeit wie möglich zu gewährleisten, indem nicht nur Symptome, sondern auch Ursachen behandelt werden.



SCHWEIZ

Bauen Sie mit: am Foto-Archiv der INWO Schweiz

Sie haben in Ihrem Archiv, einem Album oder alten Kartons Fotos von Treffs, Veranstaltungen und Aktionen der INWO Schweiz aus den vergangenen 20 Jahren? Wir vom INWO-Vorstand suchen diese Fotos, denn wir bauen gerade ein Fotoarchiv auf, das eine sichtbare Spur der INWO hinterlässt. Eine Spur von all dem, was mehr und auch weniger erfolgreich, aber doch immer mit grossem Engagement in unseren Kreisen unternommen wurde, um die Ideen der Freiwirtschaft weiterzuvermitteln, weiterzuentwickeln und in die Zukunft zu tragen.

Bitte schicken Sie Ihre Funde direkt an mich:

Hendrik Barth
Rautistrasse 377
8048 Zürich
Tel.: 044-451 50 54
E-Mail: hendrik.barth@gmx.ch

Ich werde sie einscannen, so dass sie elektronisch gespeichert sind. Und keine Sorge, die Fotos werden sorgsam behandelt und kommen alle unbeschadet an die Absender zurück!

Wichtig ist ein Hinweis, wann und wo die Fotos entstanden sind, bei welchem Anlass und wer darauf zu sehen ist, soweit das bekannt ist. Besonders schön ist natürlich, wenn es dazu noch mehr Informationen gibt – einen kleinen Text vielleicht oder auch ein Telefonat.

Wir möchten auch weiterhin mit INWOlern der ersten Jahre in Kontakt kommen und mit ihnen sprechen, um aus Anlass des 20-jährigen Jubiläums der INWO ihre Geschichte aufzuschreiben. Wir freuen uns über viele, viele Rückmeldungen und Zusendungen.

Hendrik Barth

Weitere Neuigkeiten und Termine sind auf www.INWO.ch zu finden. Medienspiegel und Terminkalender werden regelmäßig aktualisiert. Auskünfte erteilt auch gern das Sekretariat.

Regionalgruppen in Basel und Bern

Einige engagierte Interessenten für neue regelmäßige Treffen und Aktivitäten haben sich bereits bei der INWO gemeldet. Wer an einem »Stammtisch« o. ä. teilnehmen oder im Organisationssteam für Veranstaltungen mitarbeiten möchte, ist herzlich willkommen! Kurze Nachricht ans Sekretariat genügt. Für ein erstes Ausrufezeichen haben die Engagierten bereits gesorgt: Der Anzeiger Express, ein Blatt mit einer Auflage von rund 140.000 Exemplaren für die Nordwestschweiz, hat in den beiden jüngsten Ausgaben ausführliche Beiträge zur Finanzsystem-Problematik veröffentlicht: www.myexpress.ch

Monetative Schweiz – Aktueller Stand

Die AG Verfassungstext (u.a. mit Prof. Philippe Mastronardi und Prof. Peter Ulrich) wird den Entwurf für die Bundesverfassungsänderung (Artikel 99) im März bereinigen. Er kann dann für Informationszwecke weitergegeben werden. Die Vereinsstatuten liegen ebenfalls vor. Die Beschlussfassung wird anlässlich der Gründungsversammlung der Trägerorganisation am 13. Mai 2011 stattfinden. In Arbeit ist noch das geplante Argumentarium/Manifest, mit dem interessierte Personen und Organisationen detaillierter informiert werden sollen. Dann wird die AG Öffentlichkeitsarbeit aktiv werden. Die bisherige Strategie der öffentlichen Vorträge soll durch Vorträge innerhalb von Gruppen (NGOs, Parteien) ergänzt werden. Weitere Infos unter: www.inwo.ch/geldschoepfung

Einladung zur Generalversammlung der INWO CH

am Samstag, den 16. April 2011, 14-17 Uhr, in Basel, Haus Unternehmen Mitte (www.mitte.ch)

Ab 12.00 Uhr besteht die Möglichkeit zum persönlichen Austausch und gegenseitigen Kennenlernen bei einem Imbiss (auf eigene Kosten) im Restaurant vor Ort. Übrigens, Daniel Häni wird uns mit einem Kurzreferat über die neuesten Aktivitäten zum Thema »Bedingungsloses Grundeinkommen« informieren.

Die Traktanden sowie weitere Unterlagen und Details werden den Mitgliedern im März zugestellt. InteressentInnen können diese im Sekretariat bestellen.

Die INWO Schweiz freut sich über zusätzliche Mithilfe innerhalb des Vorstands. Wer Interesse oder Fragen dazu hat,

meldet sich bitte ebenfalls im Sekretariat!

INWO Schweiz
Postfach 3161
5430 Wettingen 3
Tel: +41 (0)56 4266090
E-Mail: buer0@inwo.ch

Walter Meier-Solfrian: Ökosozial oder katastrophal – die Politik hat die Wahl.



Das neue Buch des ehemaligen INWO-Vorstandes und Unterstützer der Regionalgruppe Zürich ist frisch erschienen im Verlag für Sozialökonomie (siehe auch Rezension auf Seite 22).

Sonderangebot der INWO: 24 statt 29 Sfr., inklusive Porto und Verpackung innerhalb der Schweiz

Strukturierte Verantwortungslosigkeit

Wie konnte nur alles so weit kommen? Unser Geld- und Wirtschaftssystem hat sich irgendwie verselbständigt. Dennoch handeln in der ökonomischen und politischen Machtsphäre Menschen, deren Entscheidungen weitgehende Auswirkungen haben. Lügen und Wirtschaftsdoktrinen haben uns vom achtsamen Hingucken, selbständigen Denken und verantwortlichen Handeln abgelenkt.

Die katholische Nonne Majella Lenzen hat 33 Jahre lang in Afrika den Ärmsten geholfen. Mit 56 Jahren setzt die Kirche sie buchstäblich auf die Straße. Das ihr vorgeworfene Vergehen: Sie hat Kondome verteilt, um Leben zu retten. Was steht hinter diesem Rauswurf? Sie hat sich über eine Kirchendoktrin hinweggesetzt. Doktrinen sind heilig – Leben ist es nicht.

So ist es auch in Wirtschaft und Politik: Die Doktrin, nach der freie Finanzmärkte Investitionen effizient lenken, ist Glaubensbekenntnis. In Afrika übernehmen Finanzkonzerne gerade die meisten fruchtbaren Böden, um Nahrungsmittel in effiziente Spekulationsobjekte zu verwandeln. Rechtliche Rah-

menbedingungen, die das zulassen, hat Horst Köhler als Leiter des Internationalen Währungsfonds durchgesetzt.

In die Amtsperiode des Nun-nicht-mehr-Doktors zu Guttenberg als Wirtschaftsminister fällt die Vorbereitung des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes, das den Bankenrettungsfonds einführt. Das Gesetz wird von der Anwaltskanzlei ausgearbeitet, die auf Bankenrecht spezialisiert ist und Banken dabei hilft, staatliche Kontrolle abzuwehren. Der Vorstand des Fonds besteht aus einem Politiker (für Kontrolle) und zwei Bankern (fürs Abwehren).

Finanzmarktförderung

»Ich bin davon überzeugt, dass die Bankinstitute eine größere Bedrohung für unsere

freiheitliche Ordnung darstellen als stehende Armeen«, sagt Thomas Jefferson, 3. Präsident der Vereinigten Staaten in 1809. Die Wirtschaftsleistung Deutschlands ist heute kaum größer als die Bilanzsumme der Deutschen Bank. Die Wirtschaftsleistung der Schweiz ist nur ein Bruchteil der Bilanzsumme der UBS. Über Irland hängt wegen dieses Missverhältnisses der Pleitegeier.

Lloyd C. Blankfein, Vorsitzender von Goldman Sachs und einer der mächtigsten Banker der Welt, schmückt sich mit einem Heiligenschein: »Ich bin ein Banker, der Gottes Werk verrichtet«. Goldman Sachs verkauft Papiere, auf deren Verfall sie wettet. Goldman Sachs unterstützt Griechenland dabei, Statistiken zu fälschen und ebnet ihm so



»Die Doktrinen der Kirche zählen nicht mehr. Die Welt dreht sich nach anderen Gesetzen.«

den Weg in die Eurozone. Die Doktrinen der Kirche zählen nicht mehr. Die Welt dreht sich nach anderen Gesetzen. Joschka Fischer gibt zu: »Niemand kann gegen die Märkte Politik machen«.

Das 2001 beschlossene Finanzmarktförderungsgesetz erlaubt auch in Deutschland den Handel mit Derivaten und befreit Verkäufe von Unternehmensbeteiligungen von der Steuer. Der Börsenwert des Allianzkonzerns explodiert und ein beispielloses Akquisitions- und Fusionsfieber bricht aus. 2004 wird das Investmentmodernisierungsgesetz beschlossen. Hedgefonds füllen jetzt ihre »Kriegskassen« mit Krediten von Großbanken, schlachten bis dahin erfolgreiche Mittelständler aus, übertragen die Bankschulden auf ihre Opfer und ziehen liquide Mittel als Sonderausschüttung ab. Prominentestes Opfer ist ausgerechnet die Deutsche Börse – ein Coup, der den Finanzplatz London rettet und die Deutsche Börse von Frankfurt nach Eschborn verbannt, wo die Gewerbesteuer niedrig ist.

In Frankfurt gründen dreizehn Banken die Lobbyorganisation TSI. Über die TSI-Plattform werden Transaktionsvolumina von ca. 50 Milliarden Euro abgewickelt. Gründungsbeirat ist Jörg Asmussen, der mit einer Börsenlobbyistin liiert ist und als Staatssekretär das Finanzministerium leitet. Unter ihm dienen die Minister Steinbrück (SPD) und Schäuble (CDU). In seiner ministeriellen Mannschaft arbeiten Angestellte, die von der Deutschen Bank und vom Bankenverband ausgeliehen sind.

Steuerhinterziehung

Im Jahre 1996 bildet die Steuerfahndung Frankfurt ein Banken-Team. 1997 beschert die Arbeit dieses Teams dem Staat 264 Millionen Euro zusätzliche Einnahmen. 1998 wird das Team auf hundert Beamte vergrößert. Es erwirkt Steuernachzahlungen von über einer Milliarde, oft durch aufgedeckte Steuerhinterziehung im Ausland. 1999 wird Roland Koch hessischer Ministerpräsident.

2001 untersagt eine geheime Anweisung den Steuerfahndern, weiterhin nach Transfers ins Ausland zu suchen. Die Fahnder Marco Wehner, Rudolf Schmenger, Tina und Heiko Feser widersprechen. Sie werden versetzt, zum Psychiater Thomas H. geschickt und als paranoid zwangspensioniert. Das Beru-

fungsurteil für Heilberufe erkennt, dass die Gutachten vorsätzlich falsch erstellt worden sind und verurteilt den Psychiater zu einer Geldstrafe.

Roland Koch ist jetzt Spitzenmanager des Konzerns, der unter seiner Regentschaft von öffentlichen Aufträgen aus Hessen maßgeblich profitiert hat, und Verwaltungsrat der Schweizer Bank UBS, in der die Schweizer Bankgesellschaft aufgegangen ist. Mit deren Hilfe hat Hessens CDU Schwarzgeld in Millionenhöhe in Liechtenstein versteckt. Altkanzler Helmut Kohl ist in die Transfers verstrickt, verschweigt aber die Herkunft der Gelder. Weil das nicht zulässig ist, sieht das Strafrecht für solche Fälle eigentlich Beugehaft vor.

2009 spendet die Deutsche Vermögensberatung der CDU 220.000 Euro und 2010 der FDP 200.000 Euro. In Aufsichtsrat und Beirat sitzen Helmut Kohl, der ehemalige Kanzleramtschef Friedrich Bohl und der frühere Finanzminister Theo Weigel. 2010 berichtet Martin Klein vom Verband Unabhängiger Finanzdienstleister seinen Mitgliedern, dass »der von uns bekämpfte Gesetzentwurf des Bundesfinanzministeriums nunmehr dauerhaft von der Tagesordnung des Bundeskabinetts genommen worden« ist.

»Die Doktrin, nach der freie Finanzmärkte Investitionen effizient lenken, ist Glaubensbekenntnis.«

2010 wird die Deutsche Bank in den USA wegen krimineller Beihilfe zur Steuerhinterziehung zu einer Geldstrafe von einer halben Milliarde Dollar verurteilt. 2011 wird sie von der britischen und von der südkoreanischen Finanzaufsicht verurteilt. Einen Teil ihrer Geschäfte muss sie wegen Kursmanipulationen für sechs Monate aussetzen. »Die Bankiers ... werden nie aufhören, mehr zu wollen, solange es noch mehr gibt«, sagt der amerikanische Industrielle Peter Cooper (1791- 1883).

Lügen

Dwight D. Eisenhower, General und 34. US-Präsident, warnt in seiner Abschiedsrede 1961: »3 Millionen Männer und Frauen arbeiten in der Rüstungsindustrie. Die Regierung muss aufpassen, dass der gefährliche Einfluss durch den militärischen Komplex nicht zu groß wird. Wir dürfen diese Bedrohung unserer Freiheit und Demokratie niemals zulassen.«

Der Krieg gegen Vietnam beginnt mit einer Lüge. Der Krieg gegen den Irak beginnt

mit einer Lüge. Der Krieg gegen den Terror beginnt mit einer Lüge. Der Krieg gegen Afghanistan beginnt mit einer Lüge. Nur die kleinen Geheimnisse müssen geschützt werden. Die großen werden von der Ungläubigkeit der Öffentlichkeit gedeckt.

Die USA haben Al-Quaida als Verbündete aufgebaut und die Taliban inthronisiert, um die Sowjets aus Afghanistan zu vertreiben. Beide wären noch heute US-Verbündete, wenn sie bei der Konferenz in Bonn im Juli 2001 den Bau von Pipelines durch Afghanistan akzeptiert hätten. Sich dem Investitionskapital zu verweigern, ist Todsünde. Deshalb müssen unsere Militärs Verzweiflung säen und die Politiker müssen es Frieden nennen.

»Das Aussprechen der Wahrheit ist ein revolutionärer Akt«, meint George Orwell. »Die letzte Pflicht eines Zentralbankers ist es, der Öffentlichkeit die Wahrheit zu sagen«, meint Alan Blinder, Vizechef der US-Zentralbank Federal Reserve. Der frühere Mitherausgeber des Wall Street Journal, Paul Craig Roberts, geht einen Schritt weiter: »Die Wahrheit ist gestorben und hat die Freiheit mit in den Tod genommen.«

»Was für den Armen das tägliche Brot, ist für den Reichen eine verbrieftete Geldanlage«, sagt Future Trader Ann Berg aus London. 2010 schreibt William K. Black, ehemaliger US-Bankenregulierer: »In den meisten Industriestaaten ist der Finanzsektor ein Parasit geworden ... Seine Spitzenmanager sind das perfekte Abbild des »homo oeconomicus« – des rationalen, selbstbezogenen, ethikfreien, Wohlstand maximierenden Wirtschaftssubjektivs, das die neoklassischen Ökonomen sich vorstellen.«

Der Spitzen-homo-oeconomicus, John Paulson aus New York, strukturiert Finanzprodukte und übervorteilt im Zusammenspiel mit Goldman Sachs deren Bankkunden. Auch die Bundesrepublik Deutschland zählt zu ihnen. Die Ermittlungen der amerikanischen Behörden werden gegen Zahlung von einer halben Milliarde Dollar eingestellt. In 2010 verdient Paulson fünf Milliarden Dollar – zwanzig Millionen an jedem Arbeitstag.

Der Kongress von Global Change in Berlin dauert einen Tag. In jeder Stunde dieses Tages verhungern oder verdursten etwa 4.000 Menschen.



Prof. Wolfgang Berger, ehemals Vorsitzender der INWO Deutschland, leitet das Business Reframing Institut für Personal- und Unternehmensentwicklung.

Ökologisches Grundeinkommen

Auch bei einem Geldsystem ohne Wachstumszwang brauchen wir zum Schutz von Natur und Ressourcen nachhaltige Nutzungsbedingungen. Hier bieten sich ökonomische Steuerungsmechanismen an, die gleichzeitig zur Finanzierung eines Grundeinkommens beitragen können.

W

enn der »Knappheitspreis des Geldes«, nämlich der Zins auf Geld-Guthaben, grundsätzlich dem Druck von Angebot und Nachfrage unterworfen wird und daher mit wachsendem Angebot sinkt, tendenziell bis auf Null, so ruft das eine verstärkte Suche nach anderen »rentierlichen Gütern« hervor. Die ersten Kandidaten sind dafür die Naturressourcen, da sie von Natur aus knapp sind und daher eine »ewige Rente« ermöglichen. Was ist damit gemeint?

Knappheitsrenten

Knappe Güter bescheren demjenigen, der darüber verfügt, ein »Extra-Einkommen« – eine Rente. Eine Rente in diesem Sinne ist ein Einkommen, das seinen Ursprung nicht in eigener Arbeitsleistung hat, sondern in der Leistung anderer, die damit für die Erlaubnis bezahlen, das knappe Gut nutzen zu dürfen. Ein ursprünglicher Ausdruck hiervon ist die

Bodenrente oder Grundrente, die früher dem Feudaladel, den Grundherren, zugeflossen ist. Die gleiche Systematik ist aber bei allen Naturressourcen wirksam. Sie sind nicht durch menschliche Arbeit vermehrbar – ganz im Gegenteil! – und daher grundsätzlich knapp, denn sie sind für menschliches Leben und Wirtschaften unverzichtbar. Wer darüber die Verfügungsmacht oder ein kostenfreies Nutzungsrecht hat, kann diese Knappheit, dieses Angewiesensein der anderen, in ein Geldeinkommen, eben eine Rente umwandeln.

Nebeneffekte einer Geldreform

Wenn nun durch eine Liquiditätsgebühr der »Knappheitspreis des Geldes« unausweichlich unter Druck gerät, so ist dies für ein langfristig stabiles Wirtschaften unabdingbar. Gleichzeitig ruft dies aber verschiedene Seiteneffekte hervor, insbesondere eine verstärkte Nachfrage nach anderen knappen Gütern, also genau nach den unverzichtbaren

Naturgütern. Das »Land Grabbing« (Landkauf oder Kauf langfristiger Nutzungsrechte durch finanzstarke Interessenten; vgl. dazu viele Fundstellen im Internet) ist bereits jetzt hochproblematisch. Es ist Folge von ange-

Jeder Mensch soll ein gleiches und kostenfreies Anrecht auf die schonende Nutzung der Naturressourcen haben.

wachsenen Finanzvermögen einerseits und zu wenig »hinreichend rentablen« Anlagemöglichkeiten andererseits. Das Wachstum dieser realen Anlagemöglichkeiten kann in einer endlichen Welt mit dem Wachstum der Geldvermögen aufgrund unseres aktuellen Geldsystems nicht mithalten. Aus dieser »Anlagenot« resultiert auch ein zunehmender Druck in Richtung auf immer rücksichtslosere Ausbeutung der Natur und der menschlichen Arbeitskraft.

Die notwendige Änderung des Geldsystems durch eine Liquiditätsgebühr, die den Geldumlauf verstetigt, verstetigt auch die Konjunktur (Konjunktur = »Zusammen-Bindung« von Angebot und Nachfrage). Allein diese Aussage zeigt bereits die Notwendigkeit eines verbesserten Schutzes der Naturressourcen. Aber auch der drohende Verlust der »Rentabilität« der risikolosen Geldvermögen, also das drohende Verschwinden der »Geldrente«, sprich. des Zinses, erhöht die Attraktivität anderer knapper Güter, die aufgrund ihrer prinzipiellen Knappheit eine »ewige Rente« ermöglichen. Um also Spekulation mit diesen knappen Gütern einzudämmen, kann diese Änderung des Geldsystems nur verbunden mit geeigneten Nutzungsregeln für die Naturressourcen erfolgreich sein.

Nutzungsregeln für Ressourcen

Neben diesen Gründen, die aus der Stabilisierung des Geldsystems herrühren, ist

Durch ein Ökologisches Grundeinkommen wären Ökosteuern zum Schutz der Umwelt den Bürgern besser zu vermitteln als heute.



aber die gegenwärtige ökologische Krise selbst schon Grund genug, neue Nutzungsregeln für die Naturressourcen zu setzen. Wegen der oben genannten prinzipiellen Knappheit dürfen die Naturressourcen auch nicht einfach dem Marktmechanismus überlassen werden. Darin bewirkt Knappheit immer einen steigenden Preis. Üblicherweise resultiert daraus zum einen ein Anreiz, das Angebot auszuweiten, und zum anderen wird die Nachfrage eher gedämpft. Die zweite Teilreaktion ist in Bezug auf die Naturressourcen sehr wünschenswert, die erste ist aber unmöglich. Außerdem ist zu bedenken, dass eigentlich jeder Mensch, auch die zukünftig lebenden, ein gleiches und sogar kostenfreies Anrecht auf die Nutzung der Naturressourcen hat.

Das »Ökologische Grundeinkommen« nützt nun insbesondere die zweite Teilreaktion. Durch stetige, spürbare Verteuerung der Nutzung der Naturgüter wird eine anhaltende Dämpfung der Nachfrage angeregt. Dies kann zum einen durch Ökosteuern und Materialinputsteuern erreicht werden. Zum anderen ist eine direkte Begrenzung (vgl. z.B. das Kyoto-Protokoll in seiner Festsetzung einer Obergrenze) verbunden mit der Verteuerung der

Das Aufkommen aus Ökosteuern bzw. Versteigerungserlösen soll direkt und gleichmäßig pro Kopf zurück ausgeschüttet werden.

zeitlich befristeten Nutzungsrechte möglich. Die erste Maßnahme ist in ihrer Mengenwirkung immer wieder neu zu überprüfen. Die zweite kann in ihrer Preiswirkung nicht genau vorhergesehen werden. Beide Maßnahmen erzeugen ein Aufkommen aus den Steuern bzw. aus den Versteigerungserlösen. Dieses Aufkommen soll nun direkt und gleichmäßig pro Kopf zurück ausgeschüttet werden.

Ökologisch sinnvolle Anreize

Die Verteuerung, egal ob durch Steuern oder Versteigerung, wirkt am Anfang der verschiedenen Produktionsketten. Dadurch werden zum einen Veränderungen in den Produktionsweisen angeregt: Diejenigen Produzenten, die besonders rasch auf weniger verteuerte Eingangsrohstoffe umsteuern, erzielen in ihren Produktpreisen einen Wettbewerbsvorteil. Zum anderen bewirkt die Verteuerung ein unterschiedliches Ansteigen der Endpreise. Insofern entsteht ein eigenes Interesse der Endkonsumenten, die weniger verteuerten Produkte nachzufragen.

Dazu ein vereinfachtes Beispiel: Lebensmittel aus der Region, aus ökologischem An-



Beim Ökologischen Grundeinkommen zahlen die Verschwender an die unterdurchschnittlich Verbrauchenden.

bau und mit geringer Verarbeitungstiefe werden durch die Besteuerung eher gering belastet. Produkte hingegen, die mit großem Maschinen- und Treibstoffaufwand in industrialisiertem Anbau hergestellt, über weite Strecken transportiert und schließlich aufwendig maschinell verarbeitet und verpackt werden, benötigen auf den verschiedenen Stufen der Produktion und des Transports mehr und stärker verteuerte Eingangsrohstoffe als die ersteren. Biolebensmittel erhalten so einen Wettbewerbsvorteil. Insgesamt ist ein ökonomischer Anreiz gesetzt, der sowohl auf Produktionsseite als auch auf der Nachfrageseite in die gleiche Richtung wirkt: Senkung der Verarbeitung von knappen und daher eher teuren Eingangsrohstoffe und Steigerung der Nachfrage nach weniger ressourcenverschlingenden Produkten.

Pro-Kopf-Rückverteilung

Warum ist die direkte Rückverteilung des Steuer- bzw. Versteigerungsaufkommens unverzichtbar? Die Verteuerung kommt über die Preise insgesamt bei den Endverbrauchern an. Ohne Rückausschüttung würden durch diese Verteuerung die niedrigeren Einkommen zunehmend von der Nutzung der Naturressourcen ausgeschlossen. Dies ist ungerecht und daher demokratisch nicht durchsetzbar.

Durch die komplette Rückausschüttung kommt die Verteuerung der Durchschnittsmenge eines Naturgutes wieder im Geldbeutel eines jeden Endkonsumenten an. Durchschnittlicher Verbrauch ist somit kostenneutral. Die Verschwender zahlen an die unterdurchschnittlich Verbrauchenden – völlig ohne einen gläsernen Verbraucher.

Dieser Gedanke ist im Kern sehr einfach, doch er ist auch ungewohnt. Die Durchführung bietet im Detail außerdem einige Herausforderungen: Wer ist die Gesamtheit derjenigen, an die ausgeschüttet wird? Dies ist bei einem globalen Umweltgut wie der Atmosphäre die gesamte Weltbevölkerung. Bei einem regionalen Gut wie dem Wasser eines Flusses braucht es die Verständigung darüber innerhalb einer regionalen Menschengemeinschaft, die oft durch Staatsgrenzen getrennt ist. Wie wäre das bei einem lokalen Gut, z.B. den »guten Lagen« innerhalb einer Kommune zu regeln? Überhaupt bildet die Bodenordnung, die ja auch nach diesem Gedanken umgestaltet werden kann, ein ganz eigenes Feld in diesen Überlegungen. Die Bodenordnung ist traditionell sehr emotional besetzt und komplex verfestigt. Aber es gibt Beispiele, dass diese Umgestaltung möglich und fruchtbar ist: Seit den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts ist in Dänemark eine Bodenwertsteuer eingeführt, die wirksam Bodenspekulation verhindert und den Bodenmarkt mobilisiert. Als »ökologische Steuerreform« oder »Ökobonus« wird der dargestellte Gedanke inzwischen von verschiedenen Seiten aufgenommen und unterstützt.



Alwine Schreiber-Martens, Dipl.-Mathematikerin, war INWO-Vorstandsmitglied und vertritt die INWO bei zahlreichen Veranstaltungen. Sie widmet sich seit einigen Jahren schwerpunktmäßig dem Ressourcengestützten bzw. Ökologischen Grundeinkommen.

Termine

Deutschland

Mo., 14. März 2011, 20.00 Uhr, Köln, Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24b Gibt es eine Gesellschaft nach dem Wachstum?

Viele Gründe legen eine Überwindung des Wachstumsdogmas nahe. Die Alternative, eine Postwachstumsökonomie, müsste vor allem eines sein, nämlich genügsamer. Darüber hinaus sind maßvolle Versorgungssysteme in Verbindung mit einem anderen Umgang mit Geld nötig.

Vortrag von Prof. Dr. Niko Paech

Veranstalter: INWO-Regionalgruppe Köln

Di., 22. März 2011, 19.30 Uhr, Lagerhalle – Spitzboden, Rolandsmauer 26, Osnabrück Natürliche Ressourcen: immer knapper und ungerecht verteilt

Vortrag & Diskussion mit Tilman Santarius Santarius, Mitglied im Vorstand von Germanwatch und Mitherausgeber der Studie »Fair Future« des Wuppertal-Instituts, liefert in seinem Vortrag Hintergründe, Fakten und Zusammenhänge rund um die Themen Wachstum, Raubbau an der Natur und globale (Ressourcen-)Gerechtigkeit.

Veranstalter: attac Osnabrück

Sa.-So., 26.-27. März 2011, Fuldata bei Kassel, Reinhardswaldschule Wasser(politik) im Spannungsfeld zwischen Privat- und Gemeineigentum

48. Mündener Gespräche

Mit diesem Thema erweitern die Mündener Gespräche die Bodenreformperspektive und betreten Neu-»Land«, indem sie sich einem lebensnotwendigen, zugleich knappen und konfliktiv genutzten Rohstoff widmen: dem Wasser.

Aus ökonomischer Sicht erfordert der nachhaltigere Umgang mit dem Wasser Knappheitspreise. Wasser soll demnach ein privates Wirtschaftsgut sein, mit dem Geschäfte gemacht werden können. Aus sozialer Sicht wird jedoch das Zugangsrecht eines jeden Menschen zu Wasser gefordert. Dies steht aber Privatisierungskonzepten entgegen. Wasser als Gemeineigentum könnte in der Lage sein, das Spannungsfeld zwischen nachhaltigem Umgang und Sicherung des Zugangs zu Wasser aufzulösen.

Weitere Infos: www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Fr.-So., 1.-3. April 2011 INWO-D Mitgliederversammlung

Siehe auch S. 12

Di., 19. April 2011, 19.30 Uhr, Lagerhalle – Spitzboden, Rolandsmauer 26, Osnabrück Es geht auch anders – Ansätze für eine Postwachstumsgesellschaft

Kurzvorträge & Diskussion über praktische Auswege aus den Zwängen der Wachstumsgesellschaft, mit Uwe Lübbermann (Premium-Kollektiv), Tobias Hartkemeyer (CSA-Hof Pente) sowie einem Vertreter der Transition Town-Initiative Osnabrück, die mit der Anlage eines Gemeinschaftsgartens begonnen hat.

Fr.-So., 13.-15. Mai 2011, Gemeinde St. Theodor, Burgstraße 42, Köln Vingst Ein neues Geld braucht das Land! – Planspiele für eine gemeindliche Ökonomie mit der »Kirchenmark«

Die 9,5THESEN-Initiative, die sich für die Einführung einer Kirchenmark einsetzt, hat ein Konzept für ein »Handbuch Geldreform in kirchlichen Gemeinden« entwickelt und zahlreiche vorbereitende Gespräche geführt. Auf der Tagung sollen konkrete Schritte der Umsetzung dieses Konzepts in Planspielen ausprobiert werden. Anmeldung bis zum 6. Mai bei Prof. Thomas Ruster per E-Mail an: studientag-koeln@gmx.de
Weitere Infos: www.9komma5thesen.de

Sa.-So., 14.-15. Mai 2011 Auf der Suche nach der neuen Ökonomie

u.a. mit Dr. Michael Harder, Prof. Dr. Heiner Flassbeck, Prof. Dr. Bernd Senf, Prof. Dr. Tilmann Allert, Dr. Michael Kalff, apl. Prof. Dr. Niko Paech, Ralph Boes

Infos: [Waldhof e.V., Akademie für Weiterbildung, Tel.: 0761-67134, Fax: 0761-66584, rawert@waldhof-freiburg.de, www.waldhof-freiburg.de](http://Waldhof.e.V., Akademie für Weiterbildung, Tel.: 0761-67134, Fax: 0761-66584, rawert@waldhof-freiburg.de, www.waldhof-freiburg.de)

Di., 17. Mai 2011, 20.00 Uhr, Lagerhalle – Spitzboden, Rolandsmauer 26, Osnabrück Green New Deal oder Schrumpfung der Wirtschaft?

attac-Podiumsdiskussion mit Sven Giegold & Niko Paech

Die Verfechter des »Green New Deal« fordern massive Investitionen in Erneuerbare Energien und Energiesparmaßnahmen sowie neue Formen der Mobilität. Sie gehen davon aus, dass dies durchaus mit einem weiteren Wachstum des Brutto sozialprodukts einhergehen wird. Kritiker wie Niko Paech halten solche Vorstellungen von einem »qualitativen Wachstum« für Augenwischerei.

Kontakt: Stefan Wilker, 0541-5061479

Fr.-So., 20.-22. Mai, TU Berlin Jenseits des Wachstums?!

attac-Kongress in Zusammenarbeit mit Heinrich-Böll-, Friedrich-Ebert- und Rosa-Luxemburg-Stiftung, über 100 ReferentInnen in über 70 Veranstaltungen.

EröffnungsröchnerInnen: Vandana Shiva (Indien) und Alberto Acosta (Ecuador)

Informationen & Anmeldung unter: www.jenseits-des-wachstums.de

Mi.-So., 1.-5. Juni 2011, Dresden 33. Deutscher Evangelischer Kirchentag

Unter dem Motto »... da wird auch dein Herz sein« ist auch die INWO dabei.
Weitere Infos: www.kirchentag.de

Di., 7. Juni 2011, 19.30 Uhr, Lagerhalle – Spitzboden, Rolandsmauer 26, Osnabrück Postwachstumsgesellschaft – Konzepte für die Zukunft

Vortrag & Diskussion mit Angelika Zahrt über ihr kürzlich erschienenen Buch »Postwachstumsgesellschaft – Konzepte für die Zukunft«

Fr.-So., 19.-21. August 2011, Silvio-Gesellschaft, Wuppertal Feier zum 80. Geburtstag von Wera Wendnagel



Buchvorstellungen

Dirk C. Fleck, MAEVA!, Greifenverlag 2011, gebunden, ca. 350 Seiten, 19.95 €, ISBN: 978-3-86939-009-3

Zum Autor:



Dirk C. Fleck wurde 1943 in Hamburg geboren. Er war Lokalchef der Hamburger Morgenpost, Redakteur bei Tempo, Merian und Die Woche. Seit 1995 ist er als freier Autor u.a. für Spiegel, Stern, GEO, Die Welt und die Berliner Morgenpost tätig. Als Romanautor ist Fleck vor allem durch seine umweltpolitischen Bücher aufgefallen. Die taz nannte ihn nach Erscheinen seines Romans »Palmer's Krieg« (1992) den »Vater des deutschen Ökothrillers«. 1993 legte Fleck mit »GO! – Die Ökodiktatur« eine extrem pessimistische Zukunftsvision nach, für die er den deutschen Science-Fiction-Preis erhielt. 2008 erschien sein Roman »Das Tahiti-Projekt«, ein positiver Ausblick in die Zukunft, der sich zum Bestseller entwickelte und ebenfalls mit dem deutschen Science-Fiction-Preis ausgezeichnet wurde.

»Maeva!« kommt!

Zahlreiche Fans des »Tahiti-Projekts« haben fast drei Jahre darauf gewartet: Nun erscheint endlich »Maeva!«, der Nachfolger des Öko-Kultbuchs von Dirk C. Fleck. Am 12. März wird das Werk auf dem Geldkongress »Macht Geld Sinn« in Berlin zum ersten Mal der Öffentlichkeit präsentiert. Der Geldkongress ist ein passender Ort, um einen Roman vorzustellen, der für eine neue Art des Wirtschaftens wirbt. »Maeva!« ist der Nachfolger zum Bestseller »Das Tahiti-Projekt«, mit dem Dirk C. Fleck den Science-Fiction-Preis 2009 gewann. Bereits im ersten Roman entwarf Fleck eine »konkrete Utopie«. Am Beispiel des in der Zukunft angesiedelten Tahiti-Projekts führte er vor, wie ein Wirtschaften mit der Natur statt gegen sie möglich sein könnte. Flecks Ideen sind nicht aus der Luft gegriffen. Viele der Innovationen werden bereits von Wissenschaftlern im Internet präsentiert. Für Interessierte lohnt sich ein Besuch auf der Website tahiti-project.org.

In »Maeva!« führt der Hamburger Autor seine Gedanken fort. Fünf Jahre sind vergangen; mittlerweile ist der Fe-

bruar 2028 angebrochen. Die Ideen des Tahiti-Projekts haben sich wie ein Virus über die Erde verbreitet. Überall sind Gemeinschaften entstanden, die sich in Politik und Wirtschaft nach den ökologischen Erfordernissen richten. Identifikationsfigur für die Reformer auf der ganzen Welt wird die junge Tahitianerin Maeva. Die 32-Jährige spielte bereits im ersten Roman eine wichtige Rolle. Nun wird sie zur Vorsitzenden einer Organisation namens URP gewählt. Die United Regions of the Pacific sollen der bekannt ineffizienten UNO Konkurrenz machen. So betritt Maeva, die nie zuvor im Ausland gewesen ist, plötzlich die Bühne der Weltpolitik.

Ihr zur Seite stehen der ehemalige Star-Journalist Cording, das junge Computer-Genie Steve aus England, der weltbekannte Fernsehmoderator Shark und ein umtriebiger amerikanischer Journalist namens Knowles. Gemeinsam begeben sich Maeva und ihr kleines Team auf eine Reise um die Erde, um für den ökologischen Wandel zu werben und neue Mitglieder für die URP zu gewinnen. »Es beginnt, wenn wir anfangen zu handeln«, ruft Maeva den Menschen zu, die sie bald als Hoffnungsträgerin, als eine Art weiblichen Barack Obama, bejubeln.

Ob in Australien, China, Hamburg, Nordafrika oder Kalifornien: Maeva ist überall dort, wo Menschen ihre Zukunft neu gestalten – oder sie vielleicht für immer verspielen. Der Roman beleuchtet positive und negative Entwicklungen gleichermaßen. Wie der Autor im Nachwort schreibt, ist es ein Buch »zwischen Hoffen und Bangen« geworden. Der jahrzehntelange Raubbau ist schließlich an der Natur nicht spurlos vorübergegangen. Die von Finanzkrisen und anderen Katastrophen geschwächten Staaten verlieren zunehmend die Kontrolle.

Doch die Mächtigen in Wirtschaft und Politik geben sich nicht kampflos geschlagen.

Selbst das Engagement für die Natur kann sich gegen die Menschen wenden. In Kalifornien entsteht im Roman eine radikale Öko-Diktatur. Damit knüpft der Autor an seinen erstmals 1993 und erneut 2006 erschienen Roman »GO! – Die Ökodiktatur« an, der eine düstere Zukunftsvision entwarf. In ihrem Kampf gegen gierige Konzerne, Atomkraft und Gentechnik wandelt



sich Maeva von einer sanften Mahnerin zu einer kämpferischen Jeanne d'Arc der Ökologie und wird immer mehr zur Zielscheibe der Mächtigen, bis ihre Mitstreiter schließlich nur noch einen Weg sehen, Maevas Leben zu retten: Verat.

Dirk C. Fleck, der »Vater des deutschen Ökothrillers« (taz), nutzt erneut das Potenzial des Science-Fiction-Romans, um uns die möglichen Folgen unseres Handelns für die Zukunft vor Augen zu führen. Dabei gelingt das Kunststück, auf gut 300 Seiten eine ökologische Bestandsaufnahme des ganzen Planeten abzuliefern. Bei seinen umfassenden Recherchen wurde der Autor von den »Equilibristen« Eric Biehl, Susanne Depping und Volker Freystedt unterstützt. Das Sachbuch »Equilibristus – Neue Konzepte statt Reformen für eine Welt im Gleichgewicht« war die Basis für das »Tahiti-Projekt«.

Die vielen Informationen werden aber nicht trocken vermittelt, sondern in eine spannende Romanhandlung verpackt, die den Leser an zahlreiche exotische Schauplätze führt. So stellt sich Dirk C. Fleck erneut als der in Deutschland seltene Typ des Schriftstellers heraus, der Anspruch und Unterhaltung gekonnt zu verbinden weiß.

Weblinks:

www.equilibristus.org
www.tahiti-project.org
www.tahiti-project-film.org
www.tahiti-virus.org
www.tahiti-virus.blogspot.org

Termine der Lesereise:

- 12.03.2011 Buchpremiere auf dem Geldkongress Berlin, 12 Uhr
- 17.03.2011 Leipziger Buchmesse, Lesung am Messestand C214, Halle 3,15 Uhr
Leipzig Liest, Werk2, Kulturfabrik
Leipzig, 20 Uhr. Karten: Vorbestellung 5 € Abendkasse: 5 €
Kartenreservierung:
katrin.rothe@greifenbuch.de
- 18.03.2011 Leipziger Buchmesse, Lesung am Messestand C214, Halle 3,11 Uhr
- 06.04.2011 IMM Hamburg, 19.30 Uhr
- 20.04.2011 ATRIUM, New Living Home
Julius-Vosseler-Str. 40 22527 Hamburg
Karten: Vorbestellung 9 €
Abendkasse: 12 €
Kartenreservierung:
info@intuition-hamburg.de
- 29.05.2011 Juist, Restaurant »Hohe Düne«, kulinarische Lesung
- 24.07.2011 Land-Realschule Langenwetzendorf

Weitere Termine folgen.

Walter Meier-Solfrian: Ökosozial oder katastrophal – die Politik hat die Wahl. Verlag für Sozialökonomie, Kiel 2011, 215 Seiten, Pb., mit einem Lesezeichen von Hendrik Barth, 29.00 Sfr./19.90 €, ISBN 978-3-87998-457-2

Mit der Havarie der Finanzmärkte haben die Eliten der Wirtschaft und Politik einmal mehr das Vertrauen der Bevölkerung verspielt. Wird das genügen, um endlich demokratische Entscheidungen zugunsten des im Buch entworfenen Projekts einer ökosozialen Wirtschaftsreform anzustossen? Gleich zu Beginn macht Walter Meier-Solfrian klar, dass die politische Errungen-

schaft der Aufklärung, die Demokratie, in höchster Gefahr ist, weil die extreme Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen eine »unheimliche Machtverschiebung« von den Staaten zu den »Giganten der Wirtschaft« zur Folge hat. Für ihn braucht es einen Aufbruch der Bürger, um mittels wiederzugewinnender politischer Unabhängigkeit sowie aufklärender wissenschaftlicher Begleitung die notwendige Erneuerung der Grundlagen unserer Gesellschaft einzuleiten. Ein wahrlich umfassendes Projekt!

Meier-Solfrians Buch überzeugt in erster Linie durch die fachliche Kompetenz und die Schonungslosigkeit, mit der er die Probleme der heutigen Weltökonomie beschreibt. Darüber hinaus führt das Sachbuch aus dem Verlag für Sozialökonomie – im Unterschied zu den meisten Wirtschaftsbüchern – die Ethik und die Politik als unabdingbare Voraussetzungen für eine ökosoziale Wirtschaftsreform ein. Daneben zeichnet es sich aber noch durch drei zusätzliche Vorzüge aus:

Erstens durch seinen ganzheitlichen Ansatz. Es propagiert keine isolierten Einzelmaßnahmen: weder eine Liquiditätsgebühr allein, noch eine Geldreform allein, noch eine Wirtschaftsalternative allein, sondern es bezieht die verschiedensten Bereiche und Ebenen, Probleme und Lösungen ein und es bezieht sie aufeinander. Die vielen Quer- und Längsverweise

sind diesem Aufbau geschuldet. Schon im Doppelschlaufensignet auf dem Umschlag kommt diese integrative Sicht zum Ausdruck.

Die Komplexität dürfte der realen Verschlungenheit der Probleme entsprechen, macht aber die Lektüre nicht ganz leicht. Ein zweiter Vorzug ist dennoch der inhaltliche Reichtum. Was hier auf 200 Seiten in knapper Form zusammengetragen ist, könnte gut die dreifache Seitenzahl füllen. Der Leser wird mit einer Fülle von Anregungen zum Selberdenken sowie von Hinweisen und Links auf zum Teil wenig bekannte Autoren und Organisationen beschenkt. Ein dritter Vorzug ist die verständliche und trotz der Ernsthaftigkeit der Themen oft bildhaft-humorvolle Sprache, inklusive schalkhaftem Lesezeichen.

Hansruedi Weber

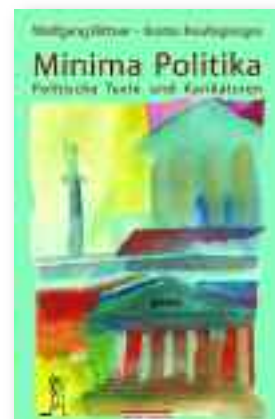
Monika Spang, Kostas Koufogiorgos: Frau Schächtele will oben bleiben. Silberburg-Verlag, Tübingen und Lahr/Schwarzwald 2011, 32 Seiten, mit zahlreichen Farbillustrationen, fester Einband, 6.95 €, ISBN 978-3-8425-1128-6



König Moppel will einen neuen Palast im Städtle und braucht Platz. Zu diesem Zweck plant die Obrigkeit, die Bürgersiedlung und mit ihr Frau Schächtele und alle anderen Bewohner unter die Erde zu verlegen. Doch der Herrscher hat die Rechnung ohne Frau Schächtele gemacht, die zum Widerstand aufruft, als die ersten Bagger anrücken. Eine märchenhaft schöne Geschichte, ganz ohne Parallelen zur Realität und mit einer überraschenden Wendung – liebevoll illustriert durch den Karikaturisten Kostas Koufogiorgos.

Wolfgang Bittner, Kostas Koufogiorgos: Minima Politika. Horlemann Verlag, Unkel 2008, 128 Seiten, 12.90 €, ISBN: 978-3-89502-271-5

Mit spitzer Feder spießt Wolfgang Bittner in seinen epigrammatischen Sprüchen – kongenial illustriert von Kostas Koufogiorgos – das auf, was uns auf Schritt und Tritt begegnet, was uns existenziell angeht und was in den Medien nur verkürzt, verdreht oder gar nicht vorkommt: Abbau demokratischer Rechte, soziale Kälte, Korruption in Politik und Wirtschaft, Einschränkung von Menschenrechten, aber auch Egoismus und Habgier als gesellschaftlich propagierte und staatlich geförderte Verhaltensweisen. Vieles davon wissen oder ahnen wir, aber in dieser Konzentration treffen Text und Bild voll ins Schwarze.





Mitgliedsantrag

Name	Straße & Hausnummer	Postleitzahl & Ort
Telefon & E-Mail-Adresse	Alter, Beruf	

Per Fax an: 066 23 - 91 96 02 oder per Post an:

**INWO e.V. Versand
Wüstefeld 6
36199 Rotenburg**

- Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!
- Ich zahle jährlich 48 € (regulärer Beitrag inklusive Mitgliederzeitschrift).
- Ich zahle jährlich 24 € (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
- Ich zahle jährlich 12 € (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).
- Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ €.
- Ich spende zusätzlich einmalig _____ €.
- Ich wünsche jährlich eine Spendenbescheinigung.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im März für das gesamte Jahr) und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.: _____ BLZ: _____

bei der _____

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Bestellformular

- Ich bestelle ein Jahresabo der FAIRCONOMY für 10 € Versandkostenpauschale.
- Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.
- Bitte senden Sie mir kostenloses Infomaterial über die INWO.
- Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Verteiler auf.

Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

_____	_____
_____	_____
_____	_____
ggf. Artikelbezeichnung	ggf. Anzahl

Alle Preise verstehen sich als Nettopreise. Versandkosten für Sendungen an Adressen in Deutschland entfallen ab einem Bestellwert von 20 Euro. Bei einem geringeren Bestellwert werden 3,50 Euro Versandkosten berechnet. Sämtliche Sendungen ins Ausland versenden wir nur gegen Vorkasse. Versandkosten für Sendungen an Adressen außerhalb Deutschlands ermitteln wir gerne auf Anfrage.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Ihre Daten werden elektronisch erfasst, damit wir Spendenquittungen, Rechnungen etc. ausstellen und Kontakt zu Ihnen halten können. Ihre Daten werden ausschließlich von uns oder durch unsere Beauftragten für vereinsbezogene Informations- und Werbezwecke genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO e.V. Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg.



FAIRCONOMY Jahrgang 2010 komplett

Haben Sie eine Ausgabe verpasst? Solange unser Vorrat reicht, kann der ganze Jahrgang 2010 im Shop der INWO-D bestellt werden.

4 Stück für 8 € – für Mitglieder versandkostenfrei!

NEU!

Fairconomy-Rettungsschirm

Mit 750 Milliarden Euro, davon 500 Milliarden von den EU-Ländern und 250 Milliarden vom IWF, zeigt die Politik dem Finanzmarkt seine Ehrerbietung.

Deutschland beteiligt sich mit bis zu 148 Milliarden Euro am »Rettungsschirm« für den Euro. Unser Rettungsschirm kostet Sie gerade mal 15 Euro – und lässt Sie nicht im Regen stehen! Aufschrift: »Rettungsschirm für alle« und »Fairconomy«



Preis: 15 €, inkl. 19% MwSt., zzgl. Versand

Klaus Popp (jetzt Willemsen)

Das Märchen vom guten Zins



Gesellschaftlicher Wandel braucht eine Vision. Die hier beschriebene Idee der Fairconomy ist in diesem Sinne ein realistisches Gesellschaftsmodell für dieses Jahrhundert.

»Das Märchen vom guten Zins« basiert auf dem 1989 im Eigenverlag veröffentlichten Titel »Zinswahnwitz«. Es wurde komplett überarbeitet, erweitert und durch neue Fakten und Grafiken ergänzt.

Herbig Verlag 2006, 180 Seiten, Preis: 7.95 €

Margrit Kennedy

Geld ohne Zinsen und Inflation

Noch nie gab es soviel Geld wie heute und dennoch fehlt es überall. Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung und soziale Ungerechtigkeit werden zumeist mit falschen politischen Entscheidungen oder mit individuellem Fehlverhalten begründet. Selten werden wirtschaftliche Rahmenbedingungen und unser Finanzsystem grundsätzlich in Frage gestellt. Aber genau hier sind die tieferen Ursachen des Dilemmas verborgen.

Margrit Kennedy räumt mit weit verbreiteten Missverständnissen rund ums Geld auf und zeigt, wie tragfähige Alternativen zum bestehenden Finanzsystem aussehen können.



Goldmann Verlag, aktualisierte Neuauflage 2006, 268 Seiten, Preis: 7.95 €

Helmut Creutz

Die 29 Irrtümer rund ums Geld

»Am Gelde hängt, zum Gelde drängt doch alles!« Doch wir werden in Sachen Geld leider als Analphabeten aus der Schule entlassen. Und selbst im »richtigen Leben« ist das Thema Geld für viele ein blinder Fleck. Aber was ist das eigentlich, dieses »Geld«?

Unser allgemeines Wissen über Geld ist immer noch mit grundsätzlichen Fehlvorstellungen, Vorurteilen und Irrtümern behaftet, von denen die wichtigsten in diesem Buch behandelt werden.

Signum Wirtschaftsverlag, 303 Seiten, Preis: 9.95 €



Bestellungen an: INWO-Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg, Telefon: 066 23 - 91 96 01, Fax: 066 23 - 91 96 02, E-Mail: Versand@INWO.de oder online unter: <http://www.INWO.de/Shop>. Dort finden Sie auch weitere Angebote.

Alle Preise verstehen sich als Nettopreise. Versandkosten für Sendungen an Adressen in Deutschland entfallen ab einem Bestellwert von 20 Euro. Bei einem geringeren Bestellwert werden 3,50 Euro Versandkosten berechnet. Sämtliche Sendungen ins Ausland versenden wir nur gegen Vorkasse. Versandkosten für Sendungen an Adressen außerhalb Deutschlands ermitteln wir gerne auf Anfrage.